

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.

Abonnementspreis 1,00 Mark pro Quartal zzgl. Postgebühren. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten (sowie die Expedition, Berlin S. 59, Kottbuserdamm 23 I.

Inserate  
pro vierstellige Zeitzeile 30 Pf.,  
Stellenangebote 20 Pf., für Ver-  
bandsmitglieder 20 Pf., Veram-  
lungsanzeigen 10 Pf. Privat-  
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 48.

Berlin, den 23. Oktober 1909.

25. Jahrgang.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Da Anfang November ein neues Adressenverzeichnis herausgegeben werden soll, so ersuchen wir die Bevollmächtigten dringend, uns etwaige Adressenänderungen, sofern solche durch die „B.-Z.“ noch nicht veröffentlicht sind, bis spätestens zum 25. Oktober angeben zu wollen. Um das Verzeichnis durch unrichtige Angaben nicht von vornherein an Wert einbüßen zu lassen und unseren reisenden Kollegen unnötige Wege und Unannehmlichkeiten zu ersparen, rechnen wir mit Bestimmtheit auf rechtzeitige Angaben aller in Betracht kommenden Veränderungen.

2. In den Berichtskarten für die vom Kaiserlich Statistischen Amt geführte Statistik über Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden und in den diesbezüglichen Anweisungen ist gesagt, daß als Stichtage für die in den Feldern 7—12 der Berichtskarten (vergl. Handbuch Seite 224) zu machenden Angaben die letzten Arbeitstage der 4., 8. und 13. Quartalswoche zu betrachten sind. Da im laufenden Quartal der 1. Weihnachtsfeiertag auf den letzten Tag der 13. Quartalswoche fällt, dieser und auch der vorhergehende Tag aber für die Aufnahme nicht geeignet erscheinen und auch noch fünf Arbeitstage bis zum Quartalschluß folgen, hat das Statistische Amt bestimmt, daß für die Aufnahmen im 4. Quartal 1909 der 23. Oktober und 20. November d. J. und der 1. Januar n. J. gelten sollen, wovon die in Betracht kommenden Funktionäre des Verbandes Notiz nehmen wollen.

3. Die Berichtskarten für das Kaiserlich Statistische Amt sind trotz direkter Mahnung und mehrfacher Aufforderung an dieser Stelle von den Zahlstellen Apolda, Bant-Wilhelmshaven, Essen, Göppingen, Hildesheim, Wittenberg, Gau H und Saarbrücken nicht eingeliefert worden. Diese Zahlstellen mit 140 Mitgliedern konnten deshalb in der diesmaligen Zusammenstellung nicht berücksichtigt werden.

4. Diejenigen Zahlstellen und Gaue, die eine Abrechnung für das dritte Quartal noch nicht an uns eingesandt haben, ersuchen wir, ihren Verpflichtungen unverzüglich nachzukommen.

5. Wir müssen leider immer wieder die Beobachtung machen, daß ohne Abmeldung abgereiste Mitglieder bei ihrer Zureise ohne weiteres als Mitglieder weitergeführt werden. Die örtlichen Funktionäre und Gaubevollmächtigten ersuchen wir sehr dringend, streng nach den Bestimmungen des Abschnittes 5 im Statut und nach den im Handbuch auf Seite 72 bis 73 gegebenen Anweisungen zu verfahren.

6. Ausgeschlossen auf Grund des §. 15b des Statuts wurde in Hamburg die Buchbinderin Anna Schmiede, Buchnummer 85 850, aus Danzig.

7. Das Mitglied Albin Lippold, Buchnummer 74 754, aus Leipzig wird um Angabe seiner Adresse an uns ersucht. Wir ersuchen die Bevollmächtigten und Unterstützungsausgeber, gegebenenfalls Lippold hierauf aufmerksam zu machen.  
Der Verbandsvorstand.

## Kampf dem Erbfeind!

II.

Der Bund der Junter und Pfaffen hat eine beispiellose Steuerlast dem schwergebrückten Volke aufgeladen. Keine Regierung, auch die reaktionärste nicht, hat es bisher gewagt, ihrem Volke Derartiges zu bieten. Dem Volksgorn trotzend, hat der Schnapsblock sein Werk vollbracht; eine elende Wahlkreis-einteilung sichert seine Position derart, daß er ihn nicht zu fürchten braucht. Die verschlechterte Geschäftsordnung des Reichstages band der Opposition die Hände, so daß sie das schmachtvolle Werk geschehen lassen mußte, weil sie nicht stark genug war, es zu hindern. Nahezu 500 Millionen neuer Steuern soll das deutsche Volk tragen.

Soll — Aber es muß nicht, wenn es nicht will! Wenn das deutsche Volk ernstlich wollte, könnte es die neue Steuer-summe seiner volksfeindlichen Regierung verweigern!

Gewiß, indirekte Steuern, die auf den wichtigsten Nahrungsmitteln lasten, können nicht verweigert werden. Essen muß der Mensch, und mit dem Nahrungsmittel, das er kauft, muß bei dem indirekten Steuersystem der Staatsbürger Steuern zahlen. Aber das Deutsche Reich erhebt seine indirekten Steuern zum Teil auch von dem Konsum solcher Genußmittel, die der Verbraucher bei einiger Energie ohne Schaden für seine Gesundheit und Unbeschadet seiner Lebenshaltung entbehren kann! So soll mit den zuletzt beschlossenen Erhöhungen jährlich krinzen: die Biersteuer 220 Millionen und die Branntweinsteuer 270 Millionen. Das sind 490 Millionen; mehr als der volle Ertrag der jüngsten Reichsfinanzreform, die der Regierung verweigert werden könnten!

Wer zwingt uns, diese Steuern zu zahlen? Können wir nicht den Genuß dieser Getränke einstellen, wie schon viele Tausende seit Jahren tun und gut dabei fahren? Müßten wir Alkohol genießen? Nein!

Wir können den Alkohol gut entbehren, wenn uns nicht Gewohnheit und Unverstand zu willenlosen Sklaven des Alkohols gemacht hat. Hier handelt es sich um keine Lebensmittel, um keine Kulturbedürfnisse; im Gegenteil! Branntwein und Bier stören unsere körperliche und geistige Leistungsfähigkeit, sind die Ursache vieler Krankheiten. Manches Unglück, zahlreiche vernichtete Existenzen und viel zerstörtes Familienglück sind auf den Bier- und Branntweingenuß zurückzuführen. Wieviel Not und Sorge haben diese Genußmittel schon auf dem Gewissen, wieviel Stummer und Tränen kleben nicht an ihnen. Man hat den Alkohol einen Sorgenbrecher genannt; Sorgenbringer wäre richtiger gewesen, denn der Alkohol verhäßt alle die Faktoren, die den Proletarier ins Elend stoßen. Er macht den Armen ärmer, den Schwachen schwächer, schwächt die Energie des Leichtsinners, vermehrt die Torheit der Gedankenlosen! Er feuert an, aber nicht zum Guten und Edeln! Er ist ein Feind alles Schönen und jedes Fortschritts! Er ist ein Feind der Arbeiterklasse und ihres Strebens! Des Indifferentismus Vater ist er!

Bessere Ernährung und bessere Wohnung, bessere Sorge für die Kinder und wahre Lebensfreude in Natur und Kunst können wir uns bieten, wenn nicht einen großen Teil unseres spärlichen Einkommens, unserer kurzen Zeit, unserer stets gefährdeten Lebenskraft und Frische der falsche Feind uns hinwegnimmt! Der „Tröster und Sorgenbrecher“, der so unendlich viel Leid und Sorgen immer neu schafft, der zugleich das schwerste Genußmittel ist in unserem Kampfe für Freiheit und Recht! Das sind keine „theoretischen Flugreden“ aus der „Stubierstube“. Das sind Erfahrungen des täglichen

Lebens, Dinge, die jeder sieht, der seine Augen öffnen will. Das sind Erfahrungen, die jeder Arbeiter, jede Mutter tausendfach gemacht haben: je nachdem sie sich dem Joch des Tyrannen Alkohol gebeugt oder es mit fester Hand zerbrochen haben. Jeder, der ernsthaft den Verzicht auf den Alkohol versucht, wird Euch bestätigen, was wir Euch hier aus eigener Erfahrung sagen: aus Erfahrung im Arbeiterleben, in der Erziehungsarbeit, im Klassenkampf.“ So ruft mit Recht ein kürzlich verbreitetes Flugblatt der Arbeiterabstinenzten den deutschen Arbeitern zu.

Solche Gedanken besaßen auch die Delegierten auf dem Leipziger Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, als sie dem Schnapsboykott einstimmig beschloßen. Der Wortlaut der Schnapsboykottresolution und deren Erläuterung durch den Parteivorstand besagen dies klar und deutlich:

„Die von der agrarisch-reaktionären Reichstagsmehrheit beschlossene Erhöhung der Branntweinsteuer bezweckt einen großen Teil des durch die wahnsinnige Währungsreform verursachten Einnahmebedarfs des Reiches den Schultern der Kerneisten aufzuliegen. Zugleich soll durch die Aufrechterhaltung der Kontingenzierungspolitik auch fernerehin dem Großgrundbesitz auf Kosten der Branntweinsteuern ein jährlicher Extraprofit von über fünfzig Millionen Mark gesichert werden. Um dieser verwerlichen Volksauswucherung zu begegnen und zugleich dem durch den Branntweingenuß verursachten und gefördernten körperlichen und moralischen Elend weiter Volksschichten entgegenzuwirken, richtet der Parteitag an alle Parteigenossen die Anforderung, den Branntweingenuß zu verhindern. Die Parteiorganisationen und die Parteigenossen werden aufgefordert, diesen Beschluß in energischer Weise zur Durchführung zu bringen.“

So der Wortlaut der Resolution! Dem körperlichen und moralischen Elend weiter Volksschichten soll entgegengetrieben werden! Darum darf nicht nur ein strenger Schnapsboykott propagiert werden; eine planmäßige Verminderung des Alkoholgenußes in jeder Form muß mit dem Schnapsboykott Hand in Hand gehen. Das Bier hat über unsere Massen-genossen mindestens ebensoviel Elend und Not gebracht, wie der Fusel; schon aus dem einen Grunde, weil das Bier in weit höherem Maße ein Genußmittel der Massen ist. Das Bier hat zumeist die Energie des Trinker geschwächt, ehe ihm der Fusel den Rest gibt! Die Arbeiterschaft würde aus dem Regen in die Traufe kommen, wenn als Ersatz für den boykottierten Branntwein mehr Bier getrunken würde. Es ist kompletter Unsinn, wenn von gewisser Seite argumentiert wird, daß durch die Weidung des Biergenusses der Schnapskonsum erhöht werde. Umgekehrt: hat der Biergenuß die Energie des Einzelnen geschwächt, so wird er viel leichter den Lockungen „guter“ „Freunde“ folgen, die zu einem Gläschen Schnaps einladen. Das ist eine Tatsache, die man täglich hundertfach beobachten kann.

Wenn wir gänzliche Enthaltung vom Schnaps und möglichste Herabminderung des Biergenusses fordern, so heischen wir nichts Unmögliches. Eine Tendenz zur Mäßigkeit ist seit Jahr und Tag der deutschen Arbeiterklasse eigen und findet bereits in den Ziffern des deutschen Reichshaushaltungsbudgets greifbaren Ausdruck. Im Jahre 1901 kamen im Deutschen Reich 2 449 800 Hektoliter Branntwein und 70 995 000 Hektoliter Bier zur Versteuerung und somit auch zum menschlichen Genuß. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet ergibt dies 4,4 Liter Branntwein und 125 Liter Bier. Nach den Ziffern von 1908 wurden veräußert 2 389 600 Hektoliter Branntwein und 73 461 000 Hektoliter Bier, was auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet ausmacht: 3,8 Liter Branntwein und 125 Liter Bier. Die Tendenz zur Mäßigkeit ist also unverkennbar! Aber ebenso unverkennbar ist, daß eine planmäßige Aktion eine weitere und weit stärkere Verminderung des Alkoholkonsums herbeiführen kann. Diese Aktion leitete der Leipziger Parteitag der deutschen Sozialdemokratie ein, und wir hoffen, daß sie die Grenzen des nur

Schnapsbottel überschreitet und zu einer planmäßigen Alkoholsteuerverweigerung wird. Das wünschen wir im Interesse der Arbeiter und im Interesse der Arbeiterbewegung!

Von dem trinkenden Arbeiter hieß es in einer bekannten Korrespondenz der Parteipresse, er „macht sich selber das Leben zur Qual und das Leben seiner Familie zur Hölle; er bringt sich und die Seinigen um die Mittel des Lebens; er ruiniert seine Arbeitskraft, so daß sein Lohn immer tiefer sinkt; er wird arbeitsunfähig, verliert jeden sozialen Halt, wird zum Bettler und Lumpen und bereitet seinen Kindern ein schlimmeres Los, als wenn sie verwaist wären; er erzeugt derartiges Unheil, daß er im Bewußtsein dessen, was er getan, wahnsinnig werden möchte, wenn ihm nicht der Wahnsinn, den der Alkohol schafft, das Bewußtsein getrübt hätte!“

Der trinkende Arbeiter wird zum Verräter an seinen Klassengenossen; man sieht es an den schwankenden Gestalten der „nüchlichen Elemente“. Damit wird die Alkoholfrage eine Gewerkschaftsfrage! Die Gewerkschaften werden um so mehr gedeihen, je mehr die Alkoholplage einge-dämmt wird. Wie schwer fällt es noch immer vielen Arbeitern, ihren Organisationsbeitrag zu bezahlen, trotzdem sie einen viel höheren Betrag für den Alkohol opfern. Wie wehren sich diese oft gegen notwendige Beitragserhöhungen, und doch könnten sie diese leicht bezahlen, wenn sie den schädlichen Alkoholkonsum nur um ein Geringes einschränken wollten. Gewiß, jeden Pfennig, den der Arbeiter für seine Organisation opfert, muß vom Munde abgedarbt werden. Aber er bringt dem Arbeiter reiche Zinsen, die sein Einkommen mehren und ihm schließlich gestatten, sich besser zu nähren. Der abgedarbt Pfennig hilft ihm über die schwere Not der Arbeitslosigkeit, der Krankheit hinweg! Was er für Alkohol ausgibt, bringt ihm seinen Gewinn, sondern nur Schaden; es untergräbt seine Gesundheit, zerstört sein Lebensglück. Wenn die Arbeiterorganisationsbeiträge über die Summen verfügen könnten, welche die deutschen Arbeiter alljährlich für Alkohol ausgeben, sie würden eine unbefiegbare Macht darstellen! Die Einnahmen der Zentralverbände betragen im Jahre 1908 nur 48 547 396 M., das Reich vereinnahmte im gleichen Jahr allein an Alkoholsteuern 174 063 300 M., dabei ist die Schaumweinsteuer nicht mit eingerechnet! Das sind Zahlen, die jeden klaffenbewußten Arbeiter zum Denken zwingen! Mit jedem Alkoholgenuß zahlt er dem Staat, der ihn unterdrückt und ausplündert, der nur die Interessen der Ausbeuterklasse vertritt, freiwillige Steuern, die er mit viel größerem Nutzen seinen Organisationen zuführen könnte. Mit Recht schreibt die schon erwähnte Korrespondenz, daß der Arbeiter durch den Alkoholgenuß ohne Not seinen Gegnern Waffen liefert: „Niemand zwingt sie dazu, kein Gebot und keine Not, aber sie tun es dennoch, schmieden ihre eigenen Fesseln, binden sich den Geist und binden sich die

Hände, liefern sich ihren Klassengegnern aus durch den Alkoholgenuß!“

Die Alkoholfrage ist eine Frage des Klassenkampfes! Solange der Kapitalismus herrscht, ist leider der Arbeiter gezwungen, seinen Gegnern Waffen zu seiner eigenen Unterdrückung zu liefern, weil er, um leben zu können, arbeiten und damit seinen Gegnern Mehrwert erzeugen und so ihre ökonomische Macht vernehmen muß. Um leben zu können muß er auch die indirekten Steuern auf unentbehrliche Lebensmittel zahlen und stärkt damit die Position einer volksfeindlichen Regierung. Schädliche Genußmittel muß er nicht genießen und muß daher durch ihren Konsum seinen Gegnern keine Waffen liefern! Sie freiwillig zu liefern wäre Verrat an seinen Klassengenossen! Darum fordern wir die Alkoholabstinenz oder wenigstens eine Verminderung des Alkoholkonsums, die zur völligen Abstinenz hinüberleitet, im Interesse des proletarischen Emanzipationskampfes!

Wir fordern dies im Namen der Kultur! Die Arbeitermassen sollen nicht ein Bruchteil ihrer geringen Mittel nutzlos verschwenden, ihre geringe Mühe nicht vergeuden; sie sollen beides gebrauchen, um Körper und Geist zu stärken und zu wappnen, um die heranwachsende Generation zu unterrichten und ihre Organisationen zu fördern! „Soll der Arbeiter, der alle Feiertage einmal frei ist, aus seiner Freiheit keinen besseren Gebrauch machen wollen, als sich den Geist durch Alkoholdünste betäuben zu lassen? Dem Sklavendasein entspricht der Sklavengenuß. Der Delote, der dem Joch entronnen ist, frißt sich voll, besäuft sich, wenn er kann. Das Proletariat ist aber eine aufstrebende Masse. Das Proletariat arbeitet an seiner Zukunft; darum muß jeder in seiner Mitte an sich selbst bildend wirken. Der Arbeiter muß sich geistig von der Knechtschaft freimachen, wenn er sie materiell überwinden will. Er muß einen Genuß erstreben, der ihn seelisch erhebt, nicht herabwürdig, wie der Alkohol; er muß die Gelegenheit ergreifen, um die Welt kennen zu lernen, die er erobern will; es genügt ihm nicht, sein Geld und seinen Geist im dumpfen Bierdunst des Wirtshauses zu verträdeln.“ So schreibt ein bekannter Arbeiterführer!

Diese mahnenden Worte sollten recht viele Arbeiter zur Einsicht führen. Sie gelten nicht nur den Säufern, denn jene zählen nicht zu den aufgeklärten Arbeitern; sie richten sich an die Mäßigen! Wir fordern die Enthaltensamkeit der Enthaltensamen! Nicht die Säufer, sondern die Mäßigen bringen die überwältigende Mehrheit der Alkoholsteuern auf, denn die ersteren sind glücklicherweise nur ein kleiner Bruchteil unsezer Volksgenossen; sie verschwinden in der Masse. An die Einsicht der Mäßigen richten wir den Appell: Lieber Euren Feinden nicht weiterhin Waffen zu Eurer Bedrückung!

Schon wagten es die Schnapsjunker, Schnaps-pfaffen und Schnapspolen im trauten Verein mit der Regierung, den frechen Bohh zu ihrem schmackvollen

Beck zu fügen. Von der Regierung und den Vertretern der bürgerlichen Parteien wurde während der Debatten über die neue Volksausplünderung in bezug auf die Steuern auf Bier und Schnaps offen erklärt: „Diese Steuern sind freiwillige Steuern. Niemand muß Brantwein und Bier trinken. Wer diese Steuern nicht zahlen will, hat es in seiner Hand, sie zu verweigern.“

Out! Nehmen wir die Herren kein Wort! Folgen wir ihrem Rat! Schenken wir ihnen und ihrem Staat diese Steuern nicht! Nutzen wir sie vielmehr zum energischen Kampf wider die Erbfeinde: Indifferentismus und Alkoholisimus!

### Aus dem Fachgewerbe.

Die Erziehung zur Puscherei. — Verlangerte Lehrlingsausbeutung. — Zusammenschluß sächsischer Buchbinderinnungen. — Mehr Arbeiterschutz an Galzmaschinen. — Eine gefährliche Unsitte. — „Geine“ Papiere.

Alljährlich, um die Weihnachtszeit herum, müssen unsere Kollegen, die in kleinen Buchbindereien beschäftigt sind, sich mehr ärgern, als sonst das ganze Jahr über. Kommen doch dann — und auch zumeist erst in letzter Stunde — alle jene „fleißigen“ Leutchen, die ihre „koffbare“ Zeit benutzen, um in der Buchbinderei herumzuspühen, und bringen die Produkte ihrer „Buchbinderkunst“, damit die letzte Hand an sie gelegt und ihnen wenigstens ein etwas passables Meubere gegeben werde. Mit überlegenem Spott sieht selbst der jüngste Lehrling auf diese „Gurken“ herab, die meist zwar schlecht gehftet, aber um so „besser“ geleimt sind; es ist oft eine mühevoll gebildete Probe, die so verpöschten Bücher einigermaßen in Stand zu bringen. Man braucht kein Buchbinder zu sein — bei dessen Urteil ja immerhin ein finanzielles Interesse mitsprechen könnte — es genügt, daß man Bücherfreund ist, um solchen Dilettanten den wohlmeinenden Rat zu geben, künftig ihre Finger von solchen Arbeiten zu lassen.

Die Leiterin der Buchbinderschule des Letztervereins scheint darüber anderer Meinung zu sein. Es genügt der Dame nicht, Dilettanten in ihrer Lehrwerkstätte mit einigen notwendigen fachgewerblichen Handgriffen auszurüsten, nein, damit die Erziehung zur Puscherei ja recht wirksam sei, setzte sich Fräulein Marie Lühr auf die Hosen — pardon Röcke — und schrieb für den nunmehr im Verlage des „V. T. W.“ erscheinenden „Volkskalender“ einen Artikel über „Die Buchbinderei im Hause“ und meint darin, daß es „gar kein dummes Gedanke“ sei, wenn jemand sich ein paar Buchbinderwerkzeuge anschaffe „und auf diese Weise imstande ist, seine Bücherei in Ordnung zu halten“. Selbst auf die Gefahr hin, daß uns Fräulein Lühr ungalant befindet, müssen wir doch erklären, daß wir in diesem

### Pierrot.

Von Guy de Maupassant.

(Schluß)

Halb toll erhob sich Madame Lefèvre bei Tagesanbruch und lief zu der Hölle. Pierrot bellte, er mußte die ganze Nacht gebellt haben!

Sie begann zu weinen, und rief ihn mit tausend lieblosenden Namen, er antwortete mit dem bittersten, zärtlichsten Ausdruck seiner Hundestimme.

Da wollte sie ihn wieder haben und nahm sich vor, ihn bis an sein Lebensende wohl zu pflegen.

Und sie lief zum Brunnenarbeiter, der jedes Jahr in die Hölle hinabstieg, und trug ihm ihr Anliegen vor. Der Mann hörte ihr zu, ohne ein Wort zu reden. Als sie fertig war, meinte er: „Sie wollen Ihren Hund wieder haben? Das kostet vier Frank.“

Sie fuhr auf. Ihr ganzer Schmerz war verflogen.

„Vier Frank! Das ist aber doch unerhört! Vier Frank!“

Er antwortete: „Glauben Sie vielleicht, daß ich meine Stricke und Leitern und den ganzen Apparat da herausbringe, mit meinen Jungen in das Loch steige und mich noch obendrein von Ihrem Köter beißen lasse, bloß um das Vergnügen zu haben, ihn Ihnen wiederzugeben? Sie brauchen ihn ja nicht hineinzuworfen.“

Sie ging unwillig fort. Vier Frank!

Kaum war sie nach Hause gekommen, so teilte sie ihrer Rosa die Ansprüche des Brunnenreinigers mit. Und Rosa sagte ergeben: „Vier Frank, Madame, das ist eine Menge Geld.“

Dann meinte sie: „Wenn man dem armen Hund etwas zu Fressen herunterwerfen könnte, damit er nicht verhungert.“

Madame Lefèvre ging erfreut auf diesen Gedanken ein, und schon waren sie mit einer dicken, mit Butter bestrichenen Schmitte Brot unterwegs.

Sie bissen Stück für Stück von demselben ab, und waren eins nach dem anderen, abwechselnd mit Pierrot lebend, hinunter. Und immer, wenn der Hund ein Stück verschlungen, bellte er, um ein neues zu erbitten.

Am Abend kamen sie wieder, am folgenden Tage auch, und so alle Tage. Sie kannten nur noch den einen Weg.

Als sie nun eines Morgens gerade den ersten Bissen hinuntergeworfen hatten, vernahmen sie plötzlich ein fremdes Gebell aus der Tiefe. Sie waren zu zweien! Man hatte noch einen anderen Hund hineingeworfen, einen großen!

Rosa schrie: „Pierrot.“ Und Pierrot bellte, bellte. Dann warf man Brot hinunter, doch jedesmal klang deutlich der Tumult eines schrecklichen Kampfes herauf und das Wehgeheul des von seinen Leidensgenossen gebissenen Pierrot sagte nur zu deutlich, daß er der Schwächere sei und keinen Bissen bekomme.

Sie mochten noch so sehr schreien: „Das ist für dich, Pierrot!“ Pierrot bekam offenbar nichts.

Die beiden Frauen blickten sich unschlüssig an und Madame Lefèvre meinte spitz: „Ich kann aber doch schließlich nicht alle Hunde füttern, die man da hineinwirft. Da müssen wir schon verzichten.“

Und fast erstickt bei dem bloßen Gedanken, daß all diese Hunde auf ihre Knochen leben könnten, ging sie weg und nahm sogar das noch nicht ganz verteilte Stück Brot wieder mit und verzehrte es selbst auf dem Rückwege.

Rosa folgte ihr und wippte sich die Augen mit einem Zipfel ihrer Schürze.

### Der Streikbrecher.

Fabrikarbeiter Karl Duhm.\*)

Von seinen Kollegen hat er sich schmählich abgehandelt; Er bucht um die Gunst der Herren — Streikbrecher wird er genannt.

Das will er freilich nicht hören, Es ist ihm gar nicht lieb.

's ist auch ein schlechter Name, So wie „Verräter“ und „Dieb“.

Das sagt ihm auch sein Gewissen, Drum geht er allein nicht hinaus; Ein Schuttmann führt ihn zur Arbeit, Ein Schuttmann bringt ihn nach Haus!

Ja, hohe und höchste Personen Sind um sein Wohl Bedacht! — — Kollegen, daß keiner spottet! Daß keiner ihn verläßt!

Ein Schuttmann ist sein Begleiter! Nur keinen scheuen Blick! Sonst faßt Euch unversehens Der Schuttmann ins Genick.

Und über Euch bald der Richter, Sein hartes Urteil fällt . . . . . Der Streikbrecher ist ein Liebling Der reichen, vornehmen Welt!

Sein Herr, kommt er zur Arbeit, Empfängt ihn mit schmeichelndem Ton. Er zahlt ihm eine „Prämie“ — — Das ist Verräterlohn!

Er wird verwöhnt und verhätschelt, Viel Freiheit wird ihm gewährt. — Kollegen, bleibt ihm fern! Ihr kennt ja seinen Wert.

Und seht Ihr ihn auf der Straße, Daß keiner sich vergißt; — Er weiß es ja auch selber, Was für ein Lump er ist!

\*) Aus: Arbeiterphilosophen und Dichter. Preis 1,10 M. Morgenverlag, Berlin W.



Gedanken verflügt wenig Geschicktes bemerken, daß wir ihn vielmehr gerade für dumm, sogar fürchtbar dumm halten. Wir sind wirklich nicht von Zucht und Schreck überwältigt, selbst wenn wir annehmen wollten, daß alle Bücherbesitzer den „Vollskalender“ neben sich legen und nun an ihren Bücherbeständen selbst herumfänden. Im Gegenteil! Die Herren und Damen würden dann vielleicht einsehen, welche Arbeit ein guter Bucheinband kostet, und wenn sie dann bei ihrer Pflanzerei genügend Lehrgeld gezahlt haben, werden sie wohl auch bereit sein, Buchbinderarbeiten anständig zu bezahlen. Was schließlich auch im Interesse unserer Kollegen in den Kleinbetrieben zu wünschen wäre. Wir sind auch nicht boshaft genug, Fräulein Lühr zu wünschen, daß ihr alle die auf ihre Anregungen hin angefangenen Pflanzarbeiten zum Reparieren und Fertigmachen zugesandt werden. Aber wir müssen im Interesse unseres Gewerbes gegen eine derartige Propagandierung der Pflanzarbeit protestieren, denn sie bewirkt, daß bei der Masse der Laien das alte Vorurteil aus neuer Nahrung findet, nach dem man die Buchbinder als ein besonders „leichtes“ Gewerbe ansieht, dessen Hauptfertigkeit man schnell erlernt und für dessen Arbeitsprodukte man infolgedessen nicht allzu viel zahlt! Diese irrige Meinung ist leider viel zu sehr verbreitet, und es ist bedauerlich, daß die Leiterin der Buchbinderfachschule des Lehrvereins sie auch noch vermehrt, statt bekämpft! Daß die Buchbinderei, und auch nicht einmal ihre einfachsten Arbeiten, nicht nur durch theoretische Unterweisung gelernt werden kann, das müßte doch auch Fräulein Lühr wissen, sonst mag sie sich ihr Lehrgeld wiedergeben lassen.

Allerdings sind wir nicht der Meinung, daß man lange Jahre lernen muß, um endlich ein guter Buchbinder zu werden. Wenn ein Lehrling nicht ausgebeutet, sondern ausgebildet wird, und der Lehrherr sich etwas Mühe mit dem jungen Menschen gibt, dann kann nach Ablauf dreier Jahre der Lehrling ausgelernt haben und muß dann so viel schon leisten können, daß er des Lehrherrn Zeitverlust nach Willigkeit erjeht hat. Deshalb wenden wir uns auch gegen das Bestreben der Dresdener Junngesellen, die bei der dortigen Gewerkekammer beantragen wollen, sie möge für ihren Bereich eine vierjährige Lehrzeit in den Buchbindereien festlegen. Unsere Kollegen mögen sich rechtzeitig und energisch gegen die geplante Verlängerung der Lehrlingsausbeutung wenden, denn gegen sie ist die Aktion gerichtet. Die teureren Gehilfenarbeit durch die spottbillige Lehrlingsarbeit zu ersetzen, das ist die Absicht dieser Methode! Mögen unsere Kollegen immer mehr den Anschluß an ihre Organisation vollziehen, dann können sie auch den Wirkungen einer vermehrten Lehrlingsausbeutung entgegenreten!

Die Arbeitgeber unseres Berufs sollten ihnen ein Beispiel geben. Erkennen doch diese immer mehr, welchen Nutzen der Zusammenschluß zur Berufsorganisationen mit sich bringt, und gerade die Arbeitgeberorganisation in Sachsen hat in letzter Zeit einen nicht zu unterschätzenden Mitgliederzuwachs erfahren. So sind dem Landesverband selbstständiger Buchbinder im Königreich Sachsen jetzt beigetreten die Zünfte in Annaberg mit 32, die in Freiberg mit 30, die in Grimma mit 36 und die in Leipzig mit 150 Mitgliedern, außer ihnen eine Anzahl Einzelmitglieder. Dieser Zusammenschluß sollte auch die Arbeiter und Arbeiterinnen unseres Berufs veranlassen, gleiches zu tun.

Der Anschluß an den Deutschen Buchbinderverband ist für unsere Kollegen und namentlich auch die Kolleginnen um so notwendiger, als nicht nur meist ihre Löhne kärglich sind und ihre Arbeitszeit überlang dauert, auch die Einrichtungen der Werkstätten sind sehr verbesserungsbedürftig! Sah sich doch, — um nur ein Beispiel zu nennen, — dieser Tage selbst die Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft genötigt, mehr Arbeiterschutz an den Kalzmaschinen zu fordern! Zu einem Mundschreiben fordert sie vor allem geeignetere Schutzbleche an den Zahnradern dieser Maschinen, da sich durch deren Mängel die Unfälle an diesen Maschinen so wesentlich vermehrt haben, daß die Berufsgenossenschaft sogar mit einer Erhöhung des Gefahrentarifs droht! In dem Mundschreiben wird mit vollem Recht gesagt, daß bei geeigneten Schutzvorrichtungen derartige Unfälle vollkommen vermieden werden können.

Bei näherer Untersuchung verschiedener Unfälle hat sich gezeigt, daß an den Kalzmaschinen die Absicherung des seitlichen Nadergetriebes zwar von außen und oben genügt, jedoch die oberen Nadergriffstellen durch den Schutzkranz von der inneren Seite aus nicht gedeckt werden, so daß vorübergehende oder an die Maschine herantretende Personen über den Schutzkranz überreifen und mit den Fingern zwischen die Nader geraten können. Eine Verdeckung dieser Gefahrenstellen läßt sich in sehr einfacher Weise — selbst nachträglich — ausführen.

Ferner besitzen die unter dem vorderen Arbeitstisch liegenden Antriebsräder des ersten Druckwalzenpaars keine Verdeckung; eine solche läßt sich durch

ein einfaches Blech erreichen. Dieses kann mit der Lagerfahne der Walzen so angebracht werden, daß es, ohne zu hindern, unter dem Arbeitstisch über die beiden Nader gelegt wird.

Weiter sind häufig die vorn unterhalb der vorderen Hälfte des Arbeitstisches befindlichen Nadergetriebe ohne jeden Schutz. Falls nicht ein fester Schutz angebracht werden kann, läßt sich wenigstens eine bewegliche herabhängende Klappe vor diesen Nadern anbringen. Endlich findet sich meistens, daß der Schutz der beiden Winkelräder der hinten befindlichen Hauptantriebswelle nicht genügt, indem entweder die Eingriffstelle der Winkelräder nicht weit genug oder überhaupt nicht deckt. Durch Verlängerung des meist vorhandenen Schutzbleches läßt sich der Mangel sehr oft leicht beseitigen.

Mehrere der Unfälle sind dadurch verursacht worden, daß versucht worden ist, während des Ganges Gantierungen an den Maschinen vorzunehmen. Es muß darauf hingewiesen werden, daß diese Unfälle ohne Folgen geblieben wären, sobald die fraglichen Nader mit Schutz versehen wären.

So einfach wie die vorgeschlagenen Schutzmaßnahmen auch sind, und so wenig sie auch kosten werden: Geld kosten sie immerhin, und es wird deshalb gar mancher Kalzmaschinenbesitzer zögern, die verbesserten Schutzbleche anzubringen. Wahrscheinlich wird man zunächst nur ein paar alte Pappenstreifen opfern und diese an den gefährlichen Stellen anbinden wollen. Ein solch primitiver Arbeiterschutz ist gar keiner, und wir hoffen, daß unsere Kollegen und Kolleginnen dafür sorgen, daß die Forderungen der Berufsgenossenschaft nicht nur auf dem Papier stehen bleiben. In ihrem eigenen Interesse müssen sie den vollkommensten Arbeiterschutz fordern, denn gesunde Glieder sind des Arbeiters einziges Kapital.

Weil dem so ist, fordern wir von unseren Kollegen auch, daß sie eine alte gefährliche Ususfrage ablegen! Wir meinen die alte Gewohnheit, bei keinen Schnitt- und sonstigen Hautverletzungen gekleimtes Goldblättelpapier auf die Wunde zu kleben. Der Leim, wenn nicht auch das Papier, enthält immer Schmutz, und deshalb kann ein derartiges „Verbandsmaterial“ immer gefährlich werden. Wie die „Zeitschrift f. d. B.“ kürzlich mitteilte, zog sich dem auch durch diese schlechte Gewohnheit ein Kollege eine Blutvergiftung zu, die ihm den Zeigefinger kostete. Auch bei kleinen Verletzungen soll man sauberes Verbandsmaterial gebrauchen und schon deswegen darauf dringen, daß in jeder Werkstatt solches vorhanden ist. Wer sich vor Schaden schützen will, meide in solchen Fällen das genannte Papier.

Auch andere Leute haben erfahren müssen, daß manche „feine“ Papiere ziemlichen Schaden verursachen können: Die Besitzer der Leipziger Buchbinderei-Aktion! Eine Sanierung des Unternehmens soll der am 30. Oktober stattfindenden Generalversammlung vorgeschlagen werden. Nach dem Geschäftsbericht für das 14. Geschäftsjahr zeigte die Bilanz einen Verlustbetrag von 592 873 Mk., der sich nach Abzug des Gewinnvortrags vom Vorjahre auf 571 033 Mk. ermäßigte. Dieses Verlustsaldo würde eine teilweise Deckung erfahren durch verschiedene Rückstellungen und den gesetzlichen Reservefonds in Höhe von 118 211 Mk., so daß auf neue Rechnung ein Verlust von 452 841 Mk. vorzutragen wäre. Die Verluste sind entstanden durch Minderbewertung der Bestände für den Buchverlag, von fertigen und halbfertigen Waren und des Materialfontos. Das Verlustresultat findet eine weitere Erklärung in den Abschreibeposten, den Buchverlag betreffend, in Höhe von 221 482 Mk. und durch Abschreibung auf Debitoren mit 61 742 Mk. An anderen außergewöhnlichen Aufwendungen — welcher Art diese sind, wird nicht gesagt — sind 104 800 Mk. entstanden.

Die Sanierung des Unternehmens soll nun in der Weise erfolgen, daß eine Zusammenlegung der Vorgussaktien von 4 : 3 und der Stammaktien von 4 : 1 erfolgt. Der hierdurch erzielte Gewinn soll nicht nur den Verlust von 452 841 Mk. decken, sondern auch noch einen Reservebetrag von 40 000 Mk. ergeben. Zwei beteiligte Banken wollen durch Uebernahme von Vorgussaktien 100 000 Mk. neues Kapital schaffen. Nach Durchführung der Sanierung glaubt die Verwaltung, den Aktionären wieder normale Erträge in Aussicht stellen zu können.

### Eine Anstandspflicht!

Mit der Ausbreitung unseres Verbandes wuchsen seine Aufgaben und wurden vielfältiger die Arbeiten seiner Funktionäre. Die Beiträge wurden gestaffelt und dann den verschiedenen Beiträgen die einzelnen Unterstützungszeile angepasst. Neue Unterstützungsanstaltungen kamen hinzu, und so erfordern die Verwaltungsaufgaben in der größten wie der kleinsten Zahlstelle unseres Verbandes eine Summe von Arbeit, die neben fleißiger Hingabe sorgfältigste Aufmerksamkeit verlangt. Alles Menschliche ist unvollkommen, und auch der Verwaltungsapparat unserer Organisation ist dabei von Mängeln

nicht frei. Auch dem tüchtigsten Verbandsfunktionär können Fehler unterlaufen, die nicht gleich entdeckt werden und so manche Unannehmlichkeiten für das einzelne Mitglied, die Zahlstellenfunktionäre und den Verbandsvorstand zeitigen.

Seute wollen wir auf einen Fehler verweisen, der leider häufig wiederkehrt und allen Beteiligten nicht nur viel Zeit raubt und obendrein Ärger bringt, sondern auch mancherlei Sorgen im Gefolge hat. Es ist nämlich gar nicht selten, daß bezugsberechtigten Mitgliedern höhere Arbeitslofen oder Krankenunterstützung ausgezahlt wird, als ihnen zusteht; fast in allen Fällen sind dann die Bestimmungen über die Kassenzeit zwischen den einzelnen Unterstützungsstellen unrichtig aufgefaßt worden; der Aussteller der ersten Legitimation hat sich verrechnet, den weiteren Auszahlern fällt der Irrtum oft nicht auf, und das Mitglied steckt seelenruhig den Mehrbetrag ein, natürlich immer in dem guten Glauben, daß es auch in der Klasse bezugsberechtigt sei, die der Aussteller der Legitimation herausgerechnet hat. Kommen dann die Quittungsformulare mit den Quartalsabrechnungen an die Hauptkasse, so wird zwar der Irrtum sofort aufgedeckt, aber die heillosen Scherereien beginnen dann erst. Das Buch des betreffenden Mitgliedes muß eingezogen und die entsprechenden Vermerke forrigiert werden; der zuviel ausgezahlte Betrag kann von der Hauptkasse nicht übernommen werden und fällt den Lokalkassen zur Last, die dann ihrerseits versuchen müssen, ihn von dem Mitgliede wieder einzuziehen. Oder aber, die Quartalsabrechnungen der Zahlstellen sind bereits von der Verbandskasse übernommen, ehe der Fehler entdeckt wird, und nun muß das Mitglied den zuviel erhaltenen Betrag an die Verbandskasse zurückerzahlen, widrigenfalls ihm so lange der weitere Unterstützungsbezug gesperrt wird.

In beiden Fällen ist's eine unliebsame Sache. Das Mitglied hat den fälschlich erhaltenen Betrag natürlich längst verausgabt, und, da bei ihren „Niefen“ gefältern unsere Kollegen nie auf Nojen gebettet sind, fällt die Rückzahlung schwer. Alle möglichen Argumente werden dann herbeigeholt, um von dieser Verpflichtung loszukommen. Endlose Schreereien und Zerwürfnisse mit der Zahlstellenleitung, Beschwerden an den Verbandsvorstand und -Ausfchuh erfolgen, und wenn schließlich alles nichts nützt — denn Ordnung muß sein — dann wird gedonnert und gepölkert und auf den Funktionär geschimpft, für dessen „Dummheit“ nun der Betroffene büßen soll. Nicht selten kehren gar wegen solcher Differenzen auch Kollegen dem Verband den Rücken und glauben damit, aller Verpflichtungen ledig zu sein. Aber wenn sie sich nach einiger Zeit eines Besseren besinnen und dem Verband wieder beitreten, dann muß doch die alte Schuld getilgt werden, oder es würde das wieder eingetretene Mitglied nie unterstützungsberechtigt.

Solche Fehler sollten daher möglichst vermieden werden, und sie können es, wenn alle Funktionäre unseres Verbandes, die bei Ausstellung von Unterstützungslegitimationen noch nicht durch längere Praxis Sicherheit erlangt haben, ihr Handbuch vornehmen und mit fleißiger Ueberlegung nachlesen, was dieses zu dem jeweils vorliegenden Fall schreibt. Gewiß, das erfordert viel Zeit, aber lange nicht so viel, als erforderlich ist, um einen begangenen Fehler wieder aufzumachen, und der sonst so reichliche Ärger wird vollständig erspart. Das sollten alle Funktionäre beachten und danach handeln!

Zwei kurze Beispiele mögen zeigen, wie notwendig dieartige Vorichtsmaßregeln sind. Zwei süddeutsche Zahlstellen hatten im Vorjahre nach dem ersten Auszahlungstermin der Krankenunterstützung solche ausgezahlt, ohne zu beachten, daß in der der Berechnung zur Grundlage dienenden Beitragsklasse auch 52 Beitragsmarken geflekt sein mußten. Durch diesen Irrtum mußten in der größeren Zahlstelle von 23 Unterstützungsstellen allein 15 als unrichtig abgelehnt werden, und das Schuldkonto dieser Zahlstelle wurde mit 245,25 Mk. belastet, welche Summe die Zahlstelle von den in Frage kommenden Mitgliedern wieder einzuziehen muß. Die kleinere Zahlstelle zahlte in sechs Fällen Krankenunterstützung aus, davon drei zu Unrecht. 126 Mk. kostete ihr das Versehen, wenn sie das Geld nicht wieder eintreiben kann. Es sind dies allerdings zwei Fälle, die glücklicherweise zu den Ausnahmen gehören, aber die kleineren Fehler, die nicht so selten sind, summieren sich auch zusammen, und die Zahlen, welche sich aus ihnen resultieren, übertreffen noch die der registrierten trassen Fälle! Neuester Voricht ist darum in allen Fällen geboten!

Allerdings sind in solchen Fällen auch die Mitglieder nicht von Schuld und Fehle freizusprechen! Auch von ihnen kann und muß man verlangen, daß sie über ihre Rechte und Pflichten in der Organisation unterrichtet sind und den Funktionär auf seinen Irrtum aufmerksam machen können, wenn ihm ein solcher in der Eile unterläuft. Es ist darum auch

ganz in der Ordnung, daß sie die Konsequenzen tragen müssen, wenn später eine irtümliche Berechnung aufgedeckt wird. Damit decken wir aber einen wichtigen Punkt an unserem Verbandskörper auf. In zahlreichen Fällen weigern sich nämlich die Kollegen, den zubiel bezogenen Unterstützungsbeitrag zurückzuzahlen, trotzdem das eine einfache Anstandsspflicht ist. Würden dieselben Kollegen von einem Privatmann einen Gelbbetrag erhalten, der über ihren Rechtsanspruch hinausgeht, sie würden keinen Augenblick zögern, den zubiel erhaltenen Betrag zurückzugeben, wenn der Gebeber seinen Irrtum entdeckt und den Geldempfänger darauf aufmerksam macht. Was aber einem Privatmann recht ist, sollte dem Verband gegenüber mindestens ebenso billig sein, um so mehr, als das Gegenteil ein unsolidarisches Verhalten ist, das die Gesamtheit der Kollegen schädigt! Uebrigens scheinen in solchen Fällen die Kollegen niemals ihr Statut zur Hand zu nehmen, denn in dessen Bestimmungen für die Auszahlung von Reise- und Arbeitslosenunterstützung heißt es unter Abs. 8: „Für durch Verfehlungen entstandenen Nachteil zuzunehmen des Verbandes ist der betreffende Aussteller der Legitimation und der Inhaber derselben haftbar.“ Es wäre nun etwas unbillig, den Funktionären, die doch zumeist ohne jede Entschädigung ihre freie Zeit und Arbeitskraft dem Verbandsopfer, zum Dank dafür jeden entschuldigen Fehler anzukreiden und sie wegen eines solchen finanziell haftbar zu machen; aber billig und selbstverständlich ist es, daß der Empfänger eines irtümlich ausgezahlten Gelbbetrages diesen zurückzahlen muß, wenn der Irrtum bekannt wird. Was im gesellschaftlichen Leben Regel ist, sollte auch im Verbandsleben Beachtung finden, und wir hoffen, daß in allen künftigen Fällen kein Kollege sich dieser Anstandsspflicht zu entziehen sucht!

**Gegen die untertarifliche Bezahlung der Frauenarbeit in Leipzig!**

Der Verband deutscher Buchbindereibesitzer und die untertarifliche Bezahlung der Frauenarbeit in Leipzig; dies Thema behandelte der Kollege Zinke in einer öffentlichen Versammlung, die am 12. Oktober im Saale des „Pantleon“ in Leipzig stattfand. Kopf an Kopf staute sich die Menge in dem weiten Saale, der kaum Raum bot, um die überaus zahlreich erschienenen Kollegen und Kolleginnen zu fassen, von denen viele mit einem recht bescheidenen Plätzchen fürlieb nehmen mußten, da die Sitzplätze in wenigen Minuten von den herbeiströmenden Scharen mit Beschlag belegt worden waren. Trotz dieser für manche recht unerquidlichen Situation hielten die Erschienenen aus bis zum Schluß und bewahrten eine mustergültige Ruhe, die nur hin und wieder von Beifallsstürmen oder Heiterkeitsausbrüchen unterbrochen wurde.

Der Referent schilderte im ersten Teile seines Vortrages den Verlauf der Sitzung mit den Vorstandsmitgliedern des Verbandes deutscher Buchbindereibesitzer, auf deren Wiedergabe wir verzichten können, weil schon in der vorigen Nummer der Zeitung ein gebräugter Bericht darüber enthalten ist.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen behandelte Zinke die aus den Verhandlungen zu ziehenden Lehren: Zunächst sei erforderlich, daß man bei allen Tarifdifferenzen das Schiedsgericht anrufe, um den Prinzipalen den Nachweis zu liefern, daß sie nicht berechtigt sind, aus der geringen Zahl von Sitzungen auf geordnete Verhältnisse zu schließen. Des Weiteren sei notwendig, daß von allen Vorkommnissen in den Betrieben auf dem Bureau Meldung erfolge, damit zu gelegener Zeit die entsprechenden Schritte zur Bekämpfung der angezeigten Anzutraglichkeiten eingeleitet werden können. Wohin es führe, wenn man zu allem ruhig zusehe, zeigt die Leipziger Buchbinderei-Kriegsgesellschaft, in der man jetzt auch dazu übergegangen sei, an Stelle der Vorkämpfer Arbeiterinnen einzustellen, die man selbstverständlich gleichfalls 30 Proz. unter dem Gehilfenlohn bezahle, falls man nicht vorzieht, den noch billigeren Stundenlohn in Anwendung zu bringen. Wie herrlich weit wir es gebracht haben, lehre die Firma C. A. Enders, in der man jetzt bereits dazu übergegangen sei, das Beschneiden der Bücher von Lehrlingen vornehmen zu lassen, wenn die Skalfulation derselben einen tarifmäßigen Preis für die Gehilfen nicht zulasse. Die gleichen Maximen beobachte man an der Nutmaschine, an welche gleichfalls Mädchen gestellt würden, wenn sich die Arbeiterinnen mit den gestellten Preisen nicht zufrieden geben. Es sei geradezu ein Schand, wenn man aus Lohnbüchern der Firma feststellen müsse, daß ein Kollege im Jahre 1908 einen

Gesamtverdienst von 1132,51 Mk. erreichte, der einem Durchschnittslohn von 21,77 Mk. pro Woche entspreche. Noch schlechter stehe es mit anderen Kollegen, von denen z. B. bei einem in den letzten 20 Wochen ein Durchschnittslohn von 18,26 Mk. festgestellt werden mußte. Es sei dies nicht zuletzt auf das Bestreben der Werkführer zurückzuführen, die schwierigeren Arbeiten den Gehilfen aufzuladen und die lohnenderen an die Arbeiterinnen zu vergeben, bei denen man dann durch den Abzug der 30 Proz. noch einen Extraprofit herauschlage.

Bezeichnend für die Art und Weise, wie unsere Leipziger Prinzipale das Wesen der Tarifgemeinschaft auffassen, seien die fortgesetzten Verjüde der Werkführer, die Kollegen und Kolleginnen zu recht billigen Skalfulationen zu veranlassen. Bald behauptet man dabei: „Es handelt sich um Sommerarbeit; wenn es uns gelingt, die Arbeit zu erhalten, haben wir das ganze Jahr gut zu tun“; manchmal pfeift es aber auch aus einem anderen Loche, dann droht man einfach, die in Betracht kommende Arbeit von Mädchen oder gar von Lehrlingen herstellen zu lassen, um auf diese Weise auf die Gehilfen einzuwirken, mit einem untertariflichen Preise zufrieden zu sein. Beschämend sei, daß diese Bemühungen leider oft von Erfolg begleitet gewesen seien, ja es müsse sogar konstatiert werden, daß die Organisationsleitung mitunter erst dann von solchen Verjüden in Kenntnis gesetzt worden sei, wenn an der Tatsache nicht das geringste mehr geändert werden konnte. In der Versammlung vom 20. September habe Redner z. B. geknarrt, daß sich in einzelnen Betrieben die Kollegen dazu hergeben, Ueberstunden ohne Prozentzuschlag zu machen. Diese Mitteilung sei damals mit stürmischen Pfuiereien aufgenommen worden; trotzdem lägen jedoch heute bereits wieder Meldungen vor, nach denen Kollegen schlapp genug sind, auf das Einschreiben der Prozente zu verzichten. Es sei ein Skandal, wenn ihm am Morgen des Versammlungstages ein Prinzipal versichern konnte, daß er die Prozente anstandslos zahlen würde, wenn sie nur verlangt würden! Wenn in dieser Beziehung keine Verenderung eintrete, werde man in Zukunft nicht nur gegen die in Betracht kommenden Firmen, sondern in viel schärferer Weise auch gegen unsere eigenen Kollegen und Kolleginnen vorgehen müssen, die in so unwürdiger Weise zum Totengräber des Tarifes werden. (Lebhafte Zustimmung.) Seitens des Verbandsvorstandes seien der Leipziger Verwaltung Vorwürfe darüber gemacht worden, daß diesen Zuständen nicht schon längst einmal begegnet worden sei; demgegenüber verweise er darauf, daß die Organisationsleitung in Hunderten von Werkstättenversammlungen, in den Mitteilungen, in Flugblättern alles getan habe, was ihr möglich gewesen sei, um eine Besserung des bestehenden Zustandes herbeizuführen. Wenn der Krebschaden beseitigt werden solle, müsse alles Hand in Hand in Hand arbeiten, auch vor einem entschiedeneren Vorgehen dürfe nicht zurückgeschreckt werden! (Stürmischer Beifall.)

An der lebhaft einsetzenden Diskussion beteiligten sich die Kollegen Schröder, Seiche, Bibel, Jzreal, Seifert und Frau Thiel im Sinne des Referenten. Bibel befürchtete, daß die Vertagung der Entscheidung nur ein Verschleppungsmanöver der Prinzipale sei und warnte vor zu großer Vertrauensseligkeit, da wir in dieser Beziehung noch nie gute Erfahrungen gemacht hätten. Seifert stellte einige Behauptungen in bezug auf die Firma Enders richtig und betonte, daß, wenn dieser Betrieb öfters genannt worden sei, damit keineswegs feststehe, daß die Verhältnisse in den weniger genannten Betrieben besser wären. Man möge nur in allen Werkstätten auf dem Posten sein, dann werde gar bald eine Wendung zum Besseren eintreten.

Frau Thiel protestierte entschieden dagegen, daß die Frauenarbeit geringer entlohnt werde; das sei eine Entwürdigung der Arbeiterinnen. Die Kolleginnen wähen verpflichtet, in dieser Situation fest zu den Gehilfen zu halten, da nur durch gemeinsames Zusammenarbeiten für beide Teile Vorteile zu erreißen seien.

Die Versammlung schloß mit Annahme der folgenden Resolution:

„Die am 12. Oktober im „Pantleon“ tagende, außerordentlich zahlreich besuchte Buchbinder-Versammlung steht nach wie vor auf dem Standpunkt der Resolution vom 20. September, und erwartet von den Vertretern des Deutschen Buchbinderverbandes, daß sie mit allem Nachdruck dafür eintreten, daß den berechtigten Forderungen der Gehilfenschaft Rechnung getragen wird.“

Zur Unterstützung dieses Vorgehens verpflichteten sich die Versammelten, dem Bevollmächtigten alle Fälle zur Kenntnis zu bringen, durch welche die Maßnahmen der Organisationsleitung zu durchkreuzen versucht werden.

Zusätzliche gilt dies auch dann, wenn durch Prinzipale oder deren Angestellte der Versuch unternommen werden sollte, einzelne Positionen des Tarifes in selbstständiger Weise anzulegen.

Den Versammelten ist eine ehrliche Tarifgemeinschaft nur denkbar, wenn die von einzelnen Prinzipalen beliebte Art, gewisse Arbeiten von billigen Mädchen oder noch billigeren Burschen machen zu lassen, unterlassen wird, und sie besprechen, mit aller Entschiedenheit gegen die in Frage kommenden Betriebe vorzugehen.

In erster Linie soll dies durch Anrufen des Schiedsgerichts bezw. des Tarifamtes geschehen, um den Prinzipalbesitzern dieser Anlagen Gelegenheit zu geben, gegen die tariffeindlichen Maßnahmen ihrer Kollegen einzuschreiten, durch welche der ganze Beruf an den Rand des Verderbens gebracht wird.“

Mit der gleichen Angelegenheit beschäftigte sich am Montag eine Versammlung der Stuttgarter und am Mittwoch eine der Berliner Kollegen und Kolleginnen. In beiden Versammlungen, über deren Verlauf wir erst in nächster Nummer ausführlich berichten können, wurde gegen die untertarifliche Bezahlung der Frauenarbeit in Leipzig in scharfer Weise Stellung genommen und verlangt, daß dem Uebelstande endlich abgeholfen werden! Wenn etwa einzelne Prinzipale hoffen sollten, daß sie gleiche Zustände auch in den beiden anderen Tarifstädten einführen könnten und deshalb sich erst in einer Vollversammlung beraten wollten, so sei von vornherein zu erklären, daß solche Bestrebungen den entschiedensten Widerstand finden würden!

Die entscheidende gemeinsame Vorstandssitzung tagt am Sonnabend, den 23. Oktober, in Leipzig, und wir hoffen, daß durch sie die Angelegenheit zur Zufriedenheit unserer Kollegen und Kolleginnen geregelt werden kann.

In Berlin beschäftigte sich zunächst eine kombinierte Verwaltungssitzung mit der jeweiligen Sachlage und einigte sich auf die folgende Resolution, die von der Versammlung der Buchbinderbranche nach sinnemäßiger Umgestaltung ebenfalls angenommen wurde:

Die kombinierte Verwaltung der Zahlstelle Berlin, fordert vom Verbandsvorstand, daß derselbe mit aller Energie dahin wirkt, daß der Beschäftigung von Arbeiterinnen mit Gehilfenarbeit bei untertariflicher Entlohnung in Leipzig ein Ende beizubringen und sollen eventuell die schärfsten Mittel angewandt werden, um diesen Mißstand zu beseitigen.

Die öffentliche Versammlung unserer Kollegen und Kolleginnen in Stuttgart nahm nach den Referaten der Kollegen Hemminger und Schröder folgende Resolution einstimmig an:

„Die heute, am 18. Oktober 1909 im Festsaal des Gewerkschaftshauses tagende öffentliche Versammlung nimmt mit Erlaunen von der immer mehr überhand nehmenden untertariflich bezahlten Frauenarbeit in Leipzig Kenntnis.“

In Anbetracht dessen, daß diese Umstände höchst nachteilig auf das ganze Gewerbe einzuwirken geeignet ist, erwarten die Versammelten, daß unsere Vertreter sich bei ferneren Verhandlungen voll und ganz auf den Boden des Tarifes stellen und energisch dahin wirken, daß dieser durch nichts gerechtfertigte Mißstand in Leipzig so bald wie möglich beseitigt wird.

Da von diesem Mißstande die Stuttgarter Prinzipale ebenfalls betroffen werden, erwarten die Versammelten, daß der von ihnen in dem Brief vom 11. Oktober vertretene Grundsatz bezüglich der Einhaltung des Tarifes bei der Vollversammlung des D. B. V. auch strikte eingehalten wird.“

**Gewerbeinspektion und Buchbinderei im Königreich Sachsen.**

Das Königreich Sachsen zeichnet sich durch eine besonders hochentwickelte Buchbinderei aus, doch das Interesse, das die Gewerbeinspektoren diesem hochentwickeltesten Industriezweig schenken, entspricht in keiner Weise seiner Bedeutung. Auch der Bericht der sächsischen Gewerbeinspektoren für das Jahr 1908 mußten wir mit dem gleichen Mangel an Befriedigung aus der Hand legen, wie die Berichte über die Tätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten in den anderen deutschen Bundesstaaten. Der größte Teil der Mitteilungen ist in dem Berichte über die Kreisshauptmannschaft Chemnitz zu finden. Freilich, was da nach mühseligem Suchen in den Jahresberichten der königl. sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten, die eines Registers entbehren, zu finden ist, steht im umgekehrten Verhältnis zu unserer Interesse und Zeitaufwand. Wird doch nur mitgeteilt, daß dem Inhaber einer Papierhülsefabrik nach Anhörung der großjährigen Arbeiter — hauptsächlich mit Rücksicht auf die verheirateten Arbeiterinnen — gestattet wurde, den jugendlichen Arbeitern an den Sonntagen bei einer nicht vor 1/2 7 Uhr vormittags beginnenden und nicht über 3 Uhr nachmittags dauernden Arbeitszeit eine einzige Pause von 10—10 1/2 Uhr zu gewähren. Fast wörtlich dieselbe Notiz über die gleiche Fabrik findet sich auf den Seiten 45 und 49 des Berichtes. Aus dem Aufsichtsbereich Annaberg wird mitgeteilt, daß sich zwei Arbeiterinnen einer Vertonnagenfabrik beschwerten, als ihr Unternehmer die englische Arbeitszeit mit nur einer halbstündigen Mittags-



pause einzuführen beabsichtigt. Der Fabrikbesitzer sah von seinem Vorhaben ab, nachdem ihm erklärt wurde, daß die erforderliche Ausnahmebewilligung nicht befürwortet wurde. In den Papierwarenfabriken dieses Aufsichtsbezirks wurde die Arbeit zeitweise auf 7 Std. täglich eingeschränkt, aber nur bereinzelt dauern derabgeleckt. In der Kartonagenfabrikation verblieb man im wesentlichen beim Restrukturtag. In einer Pappfabrik des zweiten Chemnitzer Aufsichtsbezirks wurde dem Betriebsinhaber nahegelegt, die Bedienung des Glättwerkes nicht Arbeiterinnen zu überlassen. In dem Farbenpräparat einer Papierprägerei des Annaberger Aufsichtsbezirks wurde zur Verhütung von Gesundheitsgefährdungen der Arbeiter die Arbeitsmaschine mit mechanischen Staubabsaugvorrichtungen versehen. Wenn wir nun noch erwähnen, daß der Chemnitzer Gewerbeaufsichtsbeamte die Einführung einer Lebensversicherung in der Höhe von 500 Mk. für die Arbeiter einer Kartonagenfabrik erwähnt, so haben wir, obgleich wir uns nur mit dem Chemnitzer Berichte beschäftigten, fast vollständig erschöpft, was die sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten über die Buchbinderei nebst Nebenbranchen und die in ihnen beschäftigten Arbeiter zu erwähnen wußten.

In dem Bericht über die Kreishauptmannschaft Leipzig, also dem Sitze zahlreicher Buchbindereibetriebe, haben wir nur an einer einzigen Stelle unsere Industrie erwähnt gefunden, und zwar mit einem Falle, der eigentlich die Buchbinderei nicht betrifft, sondern mehr eine Buchbindereimaschine. Die Gewerbeaufsichtsbeamtin erwähnt einen schweren Unfall, den ein zwölfjähriger Knabe erlitt, der als Laufbursche in einer kleinen Druckerei beschäftigt war. Er machte sich an einer Papierseidemaschine zu schaffen, obgleich ihm dies ausdrücklich untersagt war, und schnitt sich hierbei vier Finger der linken Hand fast durch, so daß die Hand nach der Heilung völlig gebrauchsunfähig geworden ist.

Damit haben wir, wenn wir vielleicht nicht diese oder jene Kleinigkeit übersehen haben sollten, völlig erschöpft, was dieser Bericht über die Buchbinderei enthält. Es ist zwar kein Trost, aber es ist doch zu erwähnen, daß die meisten anderen Arbeitergruppen auch reichlichen Anlaß hätten, sich über die königl. sächsischen Gewerbeinspektorenberichte zu entrichten. Es gibt wenige Berichte, die so wenig dem Geiste und den Aufgaben der Gewerbeinspektion entsprechen, wie der sächsische. Die Buchbinderei, die ohnedies ein Stiefkind der Gewerbeaufsicht ist, leidet aber hierunter in ganz besonders hohem Maße.

**Internationales.**

**Der Verein der Buchbinder für Kroatien und Slawonien** steht in einer Tarifbewegung. Der Tarifentwurf ist zum Teil dem Dreistädte tarif nachgebildet und den besonderen lokalen Verhältnissen angepasst. Bei neunstündiger Arbeitszeit werden 34 Kronen Lohn gefordert. Akkord- und Sonntagsarbeit soll verboten sein und für Ueberzeitarbeit werden entsprechende Zuschläge verlangt. Ausserdem wird eine Regelung des Lehrlingswesens angestrebt, die der Lehrlingsausbeutung Schranken setzt. Da die Kinder dort schon mit 11 Jahren ihrer Schulpflicht genügt haben, wird verlangt, dass jeder Lehrling zwei Klassen einer höheren Schule besucht haben muss. Alle Anzeichen sprechen dafür, dass um diesen Tarif ein ernsthafter Kampf geführt werden muss. Wurde doch die Einreichung der Forderungen, die am 17. Oktober erfolgte, von den Arbeitgebern sofort mit Massregelungen beantwortet. Wir hoffen, dass es unseren kroatischen Kollegen gelingt, zufriedenstellende Verhältnisse zu erkämpfen. Die Verhältnisse, unter denen sie heute noch zu leiden haben, werden wohl am besten dadurch gekennzeichnet, dass ihre Arbeitgeber sich besonders entrüsten, dass „sogar“ — für beide Geschlechter getrennte Klosetts und Waschgelegenheit gefordert werden!

**Schwedens Buchbinder nach dem Massentstreik.** Die schwedischen Kollegen haben nun, nach der erwähnten Anweisung der Landeszentrale, an allen Orten den Kampf abgebrochen; jedoch ist eine grössere Anzahl arbeitslos geblieben. Die Wiederaufnahme der Arbeit vollzog sich glatt und kein Mitglied unseres schwedischen Bruderverbandes war genötigt, Verpflichtungen zum Austritt aus der Organisation zu unterzeichnen. Zwar versuchte ein Teil der Arbeitgeber, dass bei ihnen beschäftigte Personal mit einer neuen Aussperrung zu schrecken, falls der Kampf gegen die schwedische Arbeitgebervereinigung noch längere Zeit fortgesetzt würde. Da jedoch die Arbeiter offiziell keiner Organisation angehören, ist diese Drohung nicht ernst zu nehmen; denn die Arbeitgebervereinigung hat keine organisierten Arbeiter, die sie aussperren könnte.

**Präger nach Mailand** werden im Leo'schen Anzeiger gesucht. Zahlreiche Kollegen, die sich durch solche Inserate verlocken liessen, nach Mailand zu pilgern, haben dort trübe Erfahrungen machen müssen. Kollegen, die dort Arbeit annehmen möchten, tun in ihrem eigenen Interesse gut, wenn sie sich an den Deutschen Arbeiterbildungsverein, Mailand, Via Lamarmora 44, mit dem Ersuchen um nähere Auskunft wenden.

**Korrespondenzen.**

**Deutschland. Zugung nach Bielefeld ist streng fernzuhalten.**

**Schweden: Ganz Schweden ist gesperrt.**

**Ungarn: Ueber die Lederwarenfabrik in Raab und Kaschau ist die Sperre verhängt.**

**Oesterreich: Nach Brünn (Mähren) und Innsbruck (Tirol) ist Zugung strengstens fernzuhalten.**

**Schweiz: St. Gallen ist für alle Berufsausgehörigen gesperrt.**

**Kroatien: Zugung nach Agram ist fernzuhalten.**

**Krefeld.** Die Tarifbewegung gab auch in unserer letzten Mitgliederversammlung am 10. Oktober längeren Beratungsstoff. Kollege Bauer eröffnete die Versammlung mit der Mitteilung, daß die Firma Schumacher u. Heijßen unsere Forderungen voll anerkannt hat, was mit lebhaftem Bravo zur Kenntnis genommen wurde. Sonst war bis zum Versammlungstermin keine weitere Antwort eingelaufen. Um den Gang der Angelegenheit zu beschleunigen, fanden diese Woche mehrere Werkstüberfassungen statt. Am Ende der Woche haben denn auch die Arbeitgeber auf unsere Forderungen geantwortet, und zwar in folgender Weise:

„Eine vollständig verammelte Vorstandsitzung sowie eine Hauptversammlung der Vereinigung Krefelder Buchbindereibesitzer haben es einstimmig abgelehnt, in Verhandlungen über den Tarif einzutreten, da die seitens der Gehilfen gestellten, maßlos übertriebenen Forderungen keine Aussichten für ein Zustandekommen derselben bieten. Die Mitglieder sind sich bewußt, in Anbetracht der überaus ungünstigen Geschäftslage und den dieser Lage entsprechenden Preisen, mit der Aussicht der Verlängerung des Tarifes von 1906 auf weitere vier Jahre ein günstiges Angebot gemacht zu haben.“

Die Tarifbewegung ist damit in ein ernstes Stadium gerückt, und dürfte es voraussichtlich am Sonnabend, den 23. Oktober, zur Einreichung der Kündigung kommen. Arbeitsannahme in Krefeld darf ohne vorherige Erkundigung bei dem Bevollmächtigten nicht erfolgen!

In der Versammlung vom 10. Oktober kam dann noch zur Sprache, daß die Firma Salzman, die allmähentlich eine Zeitung herausgibt, von den dort beschäftigten Kollegen verlangt, daß diese nach Feierabend, aber ohne Ueberstundenbezahlung, die Zeitungsexemplare falzen. Als ein Kollege sich dessen weigerte, ergaben die Differenzen die gegenseitige Kündigung. Der Vorsitzende ersuchte die dort beschäftigten Kollegen, im Interesse des Gehilfenstandes zu wirken. Dies geschah und konnte durch Vortelligwerden bei der Firma durchgesetzt werden, daß die Ueberstunden in Zukunft begahrt werden.

**Dortmund. Tarifabschluß.** Am Donnerstag, den 14. Oktober, fand hier eine sehr stark besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung unter dem Vorsitz des Kollegen Clement statt. Als einziger Punkt war „Die Verhandlung mit den Prinzipalen und unser Tarifabschluß“ vorgelesen. Gauleiter Kollege Groenhoff erstattete den Bericht. Er führte zunächst aus, daß das Bestreben der Tarifkommission dahingegangen sei, die Prinzipale möglichst zusammenzubringen, um dann in gemeinsamer Verhandlung zu einem einheitlichen Tarif zu gelangen. Dieses Bestreben ist von Erfolg gewesen. Die übergroße Mehrheit der Prinzipale delegierte 5 Vertreter in eine mit entsprechenden Vollmachten ausgerüstete Tarifkommission, mit der die Gehilfenkommission zu verhandeln hatte. Dieser Umstand war insofern wertvoll, als hierdurch der einheitliche Tarif wenigstens möglich geworden ist. Ein weiteres wertvolles Ergebnis sei der Umstand, daß unsere Organisation als Kontrahent anerkannt sei. Weniger befriedigt dürfte ein Teil der Kollegen allerdings von dem Ergebnis der eigentlichen Verhandlungen sein. Aber wenn man sich einmal auf den Standpunkt des friedlichen Unterhandels stellt, dann sind selbstverständlich Zugeständnisse von beiden Seiten notwendig, wenn es zum Abschluß eines Vertrags kommen soll. Von diesem Gesichtspunkte aus möchten die Kollegen das Resultat der Verhandlungen beurteilen. In den Verhandlungen nahmen teil von Prinzipalsseite die

Herren Rulfs (Vorsitzender), Grüweil, Dr. Schulz (Stadtbücherei), Zimmermann (Zinnung) und Reß. Von Gehilfenseite die Kollegen Clement, Niemeyer, Schonhardt, Meyers und Groenhoff. Der Referent gab dann einen sehr eingehenden Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen, die zwar sehr sachlich geführt seien, in denen aber trotz aller Mühe seitens der Gehilfenvertreter nicht alles das erlangt werden konnte, was unseren Wünschen entsprach. Das Resultat der langen Sitzung war folgender Minimaltarif für die in Buchbindereien, Kontobuchfabriken, Linieranstalten, Kartonagefabriken, Buch- und Steindruckereien beschäftigten Buchbinder, Linierer und Kartonnager.

Es beträgt die Arbeitszeit 53½ Stunden wöchentlich.

Minimal-Wochenlöhne erhalten die Gehilfen nach vollendeter vierjähriger Lehrzeit im ersten Jahre 19 Mk., im zweiten und dritten Jahre 22,50 Mk., im vierten und fünften Jahre 24 Mk., im sechsten und siebenten Jahre 26 Mk. und im achten Jahre 27 Mk. Hilfsarbeiter, welche Gehilfenarbeit verrichten, müssen wie Gehilfen entlohnt werden.

Die Berechnung der Akkordlöhne unterliegt den vorhandenen oder noch abzuschließenden Werkstüberantaren. Diese müssen für sämtliche Gehilfen gleichlautend und maßgebend sein. Akkordarbeiter, welche länger als eine halbe Stunde auf Arbeit warten müssen, erhalten diese Zeit im Stundenlohn begahrt, können aber während der Wartezeit mit anderen sachgewerblichen Arbeiten beschäftigt werden.

Für Ueberstunden ist in den ersten zwei Stunden ein Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde, nachdem und Sonntags 20 Pf. pro Stunde zu zahlen.

Die geschickten und die vom Geschäft angeordneten Feiertage werden dem Personal, welches in den letzten 6 Wochen überwiegend in Wochenlohn beschäftigt war, begahrt.

Wo günstigere Arbeitsbedingungen sind, bleiben diese bestehen. Der Tarif gilt bis zum 30. September 1914. Falls nicht 8 Wochen vor Ablauf eine Kündigung erfolgt, gilt derselbe stillschweigend auf ein Jahr verlängert.

Die Wünsche der Kollegenschaft, eine 5prozente Lohnzulage zu erhalten, haben leider keine Berücksichtigung gefunden, trotzdem die Gehilfenvertreter mit aller Energie und mit den überzeugendsten Gründen dafür eingetreten sind. Es erklärten die Prinzipale, unter keinen Bedingungen diese Forderung anzuerkennen. Ein weiterer ungünstiger Umstand ist die fünfjährige Tarifdauer. Aber nachdem in dieser Hinsicht der Buchdrucker tarif gewissermaßen vorbildlich geworden ist und andere Tarife ebenfalls so lange dauern, erklärten die Prinzipale, von diesem Punkt unter keinen Bedingungen abgehen zu wollen. Der Referent kam zu dem Schluß, daß man das Für und Wider wohl erwägen möge. Wenn der neue Tarif ja leider nicht allen gewiß berechtigten Wünschen entspreche, namentlich da die Arbeiterinnen unberücksichtigt geblieben sind, so glaube die Tarifkommission, die Annahme des Tarifs doch empfehlen zu können. Jedenfalls sei die Tarifkommission sich bewußt, ihr möglichstes getan zu haben. Mehr sei auf friedlichem Wege nicht zu erreichen gewesen und ohne Zweifel bedeute der neue Tarif doch auch eine wesentliche Verbesserung und bringe uns etwas einheitliches und sicheres, was bei einer Ablehnung und weiteren Maßnahmen fraglich sei. Die Minimallöhne entsprechen im großen und ganzen den aufgestellten Forderungen. Auch sonst bringt der Tarif manche Vorteile. Zunächst die Verkürzung der Arbeitszeit auf 53½ Stunden. Ferner den Akkordarbeitern die Bezahlung der ununterbrochenen Arbeit und durch den Beitritt des überwiegend größten Teils der Arbeitgeber und Anerkennung der Organisation als Vertragskontrahent ist auch die Gewähr geboten, daß der Tarif zur allgemeinen Durchführung gelangt. Der Referent hat aus allen diesen Gründen ebenfalls um Annahme des Tarifs.

Am das Referat schloß sich eine lange und zum Teil sehr erregte Debatte. Ein großer Teil der Redner erklärte den Tarif für unannehmbar. Die älteren Gehilfen seien ganz leer ausgegangen und vor allen Dingen sei auch die Tarifdauer eine zu lange. Es habe den Anschein, als wenn die Kommissionsmitglieder nicht den gehörigen Nachdruck angewandt hätten. Andere Redner erklärten sich hingegen mit dem Tarif einverstanden. Wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt seien, so sei doch das Gewisse auf friedlichem Wege der Ungewißheit des Kampfes vorzuziehen. Kollege Clement und andere Kommissionsmitglieder verwahrten sich entschieden gegen den Vorwurf, nicht entschieden genug aufgetreten zu sein. Alle Gründe, welche für einzelne Forderungen in der Versammlung ins Feld geführt

sind, seien auch energisch in der Sitzung zum Ausdruck gebracht. Auch Kollege Groenhoff schloß sich dem an. Zweierlei sei nur noch möglich, entweder man nehme den Tarif an und habe dann einen einseitigen, den Verhältnissen entsprechenden Tarif, oder man lehne ihn ab und versuche es mit schärferen Maßnahmen. Eine tariflose Zeit, wie einige wünschten, könne er nicht empfehlen und mit Verhandlungen sei nichts mehr zu erreichen. Nach langer Debatte kam man endlich zur Abstimmung und wurde in geheimer Abstimmung der Tarif mit großer Mehrheit, aber gegen eine immerhin bedeutende Minderheit angenommen. In einem kurzen Schlußwort wies Kollege Groenhoff noch einmal auf die Bedeutung der Tarife und auf die Notwendigkeit starker Organisationen hin. Er berührte auch die Arbeiterinnenfrage. Die Kolleginnen seien leer ausgegangen. Sein Wunsch, wenn die Prinzipale für dieselben nichts bewilligen wollen, da sie ganz genau wissen, daß diese nicht organisiert sind. Aber die Kollegen dürfen sich durch die bisherige Mißerfolge in der Agitation nicht irren machen lassen, früher oder später werden wir auch die Kolleginnen gewinnen. Gerade der Abschluß des Tarifes ist ein wertvolles Agitationsmittel unter den Arbeiterinnen. Zum Schluß hat Groenhoff noch die in der Minderheit gebliebenen Kollegen, sich nun den Beschlüssen ohne Groll zu fügen und wie bisher treue Mitarbeiter für den Verband zu sein. Darauf fand die gut besuchte Versammlung ihren Abschluß. Möge das geschaffene Tarifwerk den Kollegen ein Ansporn sein, für weitere Stärkung des Verbandes eifrigst zu wirken, damit später alle Wünsche Erfüllung finden.

**Königsberg.** Der Tarifabschluß, über den wir schon in letzter Nummer berichteten, beschäftigte unsere Versammlung vom 9. Oktober. Es wurde in derselben von den Gehilfenvertretern ein anschauliches Bild der Verhandlungen entrollt: Wenn nicht mehr erreicht wurde, so liegt das an den ungünstigen Verhältnissen, auch hatten wir keine Ursache, jetzt eine Kraftprobe zu veranstalten, da sich die Krise auch hier fühlbar machte. Wie schon aus der vierstündigen Dauer der Verhandlungen hervorgeht, wurde sehr heiß um jede Position gekämpft; drohte doch bei jedem neuen Streikfall der Obermeister Heidemann, seine Aktien einzupacken. Die geforderte Arbeitszeitverkürzung erregte am meisten Unwillen und drohte schon hieran alles zu scheitern. Die Meister sagten unter anderem, daß die Verbändler ja ganz tüchtige und gute Arbeiter seien, nur mit dem einzigen Fehler, daß sie das Gewerbe mit Lohnforderungen beunruhigten. Dagegen seien die Nichtverbändler die einzig Schläuen, da sie sich nicht auf diese Weise unangenehm machen, aber trotzdem die Zulage miterhalten. Die Nichtverbändler gefallen allerdings den Herren von der Zinnung. Gibt es doch eine Werkstatt (Englisch) mit fünf Nichtverbändlern, die sich nicht einmal getrauen, die Frühstüdpause einzuhalten. Obwohl dieselbe auf 1:10 Uhr festgesetzt ist, essen dieselben, dabei weiterarbeitend, erst um 10 Uhr und später. Hat aber doch einer den Mut, sich dabei hinzusetzen und der Meister kommt zufällig hinzu, so fliegt das Frühstück schnell unter den Tisch und mit der eines Nautieres stürzt sich der Gehilfe über die sträfling verlassene Arbeit her, um von seinem guten Ruf als arbeitsamer Gehilfe so viel als möglich zu retten. Eine Behauptung der Arbeitgeber wurde noch hervorgehoben. Nämlich, daß wir die Ausgelernten mit unseren Forderungen schädigen sollen, weil dieselben nicht imstande seien, den Minimallohn zu verdienen! Auf die Entgegnung, daß es Sache der Meister sei, den Lehrlingen genügend Handfertigkeit beizubringen, und nachdem die Kommissionsmitglieder eine Reihe von Fällen zum besten gegeben hatten, in denen sich die Meister bis 200 Mk. Lehrgeld haben zahlen lassen, und doch nach dem Auslernen junge Gehilfen mit einer Empfehlung „zur weiteren Ausbildung“ entlassen haben, lehnten es die Meister ab, weiter auf die Lehrlingsfrage einzugehen, mit der Begründung, daß es ihnen ebenso wie uns unmöglich sei, dieselbe zu aller Zufriedenheit zu lösen. Jedenfalls meinen wir, daß sich vieles verbessern läßt. Den Vogel in bezug auf Lehrlingszucht schießt hier die Buchbinderei mit Kraftbetrieb (mühte heißen: mit Menschenkraftbetrieb) von Scheidreiter ab. Gehilfen werden dort nie beschäftigt, wohl aber drei Lehrlinge, von denen einer sich nur mit Hilfe eines Stockes bewegen kann. In der Versammlung wurde auch zur Sprache gebracht, daß von einem Pfarrer versucht wurde, einen Zögling einer Idiotenanstalt, der in derselben mit Klebearbeiten beschäftigt wurde, in dieser Werkstatt als Gehilfe unterzubringen. Es lebe das Handwerk!

Nachdem den Kommissionsmitgliedern für ihre Tätigkeit von der Versammlung gedankt war, wurde noch beschlossen, Mißstände aller Art mehr als bisher durch die Presse zu bekämpfen. Nach einem Schluß-

wort des Kollegen Klein schloß die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband.

**Stettin. Lohnbewegung.** Durch die Lohnbewegung der Hilfsarbeiter in Buch- und Steinbrudereien wurde auch Bresche gelegt in die Zustände bei der Firma Fr. M. Penzer, eine der größten Kartonnagenfabriken am Orte. Bei einem fünfjährigen Streik der Hilfsarbeiter kam auch anderen Kollegen und Kolleginnen zum Bewußtsein, wie notwendig die gewerkschaftliche Organisation ist. Ein Teil trat schon während der Dauer des obigen Streiks dem Verband bei. Allein vermochten nun die Hilfsarbeiter die hauptsächlichste Forderung: Verkürzung der 10stündigen Arbeitszeit auf 9 Stunden, nicht zu erreichen und so erwarfen sie Unterstützung durch unsere Kollegen und Kolleginnen. Auf Veranlassung der Ortsverwaltung wurde Kollege Würzberger am Sonnabend, den 9. Oktober, nach Stettin gerufen. Leider war der Streik der Hilfsarbeiter bei seinem Eintreffen bereits abgebrochen; nach Gewährung von Lohnerhöhungen von 50 Pf. bis 1 Mk. pro Woche hatten die Hilfsarbeiter auf die 9stündige Arbeitszeit verzichtet. Inzwischen stieg die Zahl unserer Mitglieder auf 95, so daß in der am Montag, den 11. Oktober, abgehaltenen Betriebsversammlung fast alle im Betrieb Beschäftigten anwesend waren. In einem Referat wies Kollege Würzberger eingehend auf die Notwendigkeit der Organisation hin, den Anwesenden klar vor Augen fühlend, wie auch für sie eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden einen großen Fortschritt bedeutet. Durch eine Resolution wurde der Redner beauftragt, der Geschäftsleitung die Forderung der 9stündigen Arbeitszeit zu unterbreiten, außerdem sollte er versuchen, die seit März d. J. reduzierten Akkordpreise auf die vorherige Höhe zu bringen. Brieflich wurden der Firma diese Forderungen unterbreitet. Am Dienstag kamen Verhandlungen zustande. Unser Agitationsleiter stieß auf festigen Widerstand und ein endgültiges Ergebnis konnte nicht gezeitigt werden. Erst durch weitere Verhandlungen gelang es, den Widerstand der Firma zu brechen und die Bewilligung der 9stündigen Arbeitszeit auf den 1. Januar 1910 zu erreichen. Eine am Mittwoch, den 13. Oktober, abgehaltene Betriebsversammlung erklärte sich mit der Zusage einverstanden. Donnerstag wurden nun die Forderungen bezüglich der Erhöhung der Akkordpreise ausgearbeitet und der Firma zugestellt und dann in mehreren Verhandlungen mit der Firma auch einige Zugeständnisse erreicht. Wurde nun auch nicht allen Wünschen Rechnung getragen, so bedeutet doch die Einführung der 9stündigen Arbeitszeit in diesem Betriebe einen ganz bedeutenden Fortschritt, der zu weiteren Erfolgen führen wird, wenn die nun der Organisation Gewonnenen auch treu zum Verbands halten. Es war schwer, sehr schwer, der Organisation Eingang zu verschaffen, alle Bemühungen in früherer Zeit waren umsonst, nun dürfte jedoch die Annahme nicht zu hoch gespannt sein, daß die mit so viel Opfern der Organisation zugeführten neuen Mitglieder dem Verbands auch treu bleiben, um so mehr, als auch für sie bei der kurzen Dauer ihrer Mitgliedschaft ganz annehmbare Erfolge erzielt wurden. Es gilt nun, auch der Organisation gegenüber Pflichten zu erfüllen, dann wird auch zu gegebener Zeit ein weiteres Vorbringen mit Erfolg gekrönt sein. An den Kollegen Stettins wird es nun liegen, diesen erfreulichen Erfolg auszunutzen, um das einmal Gewonnene zu erhalten.

**Münberg-Fürth.** Die Differenzen bei der Firma Ritter u. Mäbden, Kunststoff, sind erledigt. Wie aus dem Werdegang der Sache entnommen werden konnte, schien der neue Teilhaber, Herr Secht, zu beabsichtigen, Änderungen einzuführen, die auf eine Verschlechterung der bisherigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse abzielen. In der Prägerei war es üblich, daß für die Zeit, die für Platteneisen, -richten usw. beanprucht wird, eine Entschädigung bezahlt wurde. (Sämtliche Präger arbeiten im Akkord.) Schon dieses schien Herrn Secht nicht so recht nach seinem Geschmack zu sein. Vor zirka 14 Tagen wurde den Prägern das Ansuchen gestellt, einen neuen Artikel billiger herzustellen als ähnliche, die bisher angefertigt wurden. Für die Präger, die bisher im Jahresdurchschnitt einschließlich der Ueberstunden pro Woche 28,32—28,62 Mark verdienten, hätte es einen Lohnausfall, bei äußerster körperlicher Anstrengung und Ausnutzung der Maschinen, von zirka 3—4 Mk. bedeutet. Daß eine solche Reduktion nicht ruhig hingenommen werden konnte, dürfte selbstverständlich sein zu einer Zeit, wo eine ganz enorme Preissteigerung so vieler unentbehrlicher Bedarfsartikel eingetreten ist. Am Samstag, den 2. Oktober, wurde u. a. erklärt, daß die Artikel in der Prägerei überhaupt billiger hergestellt werden müßten, anderenfalls bestände die Gefahr, daß die Prägerei aufgegeben werden müßte. — Am folgenden Dienstag fand nun eine sehr stark

besuchte Betriebsversammlung statt, die sich mit dieser Angelegenheit beschäftigte. In dieser wurde bekannt, daß die Firma 2 Kollegen gerufen und diesen erklärt habe: „Eine Reduktion der Akkordpreise wäre nicht beabsichtigt gewesen, sondern es hätte sich lediglich darum gehandelt, einen neuen Artikel durch Vereinfachung der technischen Ausführung billiger herzustellen. Alles weitere wäre von den Trägern „irrtümlich aufgefaßt“ bzw. vermutet worden! — Auf Ehrenwort habe Herr Mäbden erklärt, niemals daran zu denken oder gedacht zu haben, allgemeine Reduktionen ins Auge zu fassen! — Damit hat die Angelegenheit vorläufig ihren Abschluß gefunden.

Trotzdem ist es angebracht, anlässlich dieses Vorganges unseren Kollegen und Kolleginnen vor Augen zu führen, wie notwendig es ist, daß alle der Organisation angehören. Auch unsere Arbeitgeber verfügen über sehr starke und mächtige Organisationen, dazu kommt noch, daß sie ohnehin schon die wirtschaftlich Stärkeren sind. Kollegen und Kolleginnen, seid auf der Hut! Schafft Euch eine Macht, die Euch in den Stand setzt, jederzeit gewappnet zu sein, mag dann kommen was da will, so seid Ihr geschützt.

**Münberg-Fürth.** Eine Verächtigung unserer Angaben in dem Artikel: „Zur Lage der in Buchbindereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in Münberg-Fürth“ läßt uns Herr Buchbindereibesitzer Georg Schmidt durch seinen Rechtsanwalt zustellen, und wird in derselben behauptet:

„Herr Schmidt war niemals Sozialist und Verfechter der Generalforderungen.“

Er verwahrt sich entschieden dagegen, daß seine Frau mit der Affäre, welche sich zwischen Herrn Schmidt und einer Arbeiterin vor mehreren Jahren ereignete, auch nur im geringsten in Beziehung gebracht werden kann. Wie die Gerichtsakten beweisen, hatte dieselbe mit der Sache gar nichts zu tun.

Münberjährige Lehramtskandidaten und Lehrlinge hielt Herr Schmidt längere Zeit nicht mehr. Er hat zwar mehrere Lehrlinge ausgebildet; dieselben haben sich aber durch diese Ausbildung solche Kenntnisse erworben, daß eine große Anzahl von ihnen in Münberg und auswärts gutgehende Buchbindergeschäfte innehaben.

Der eigene Sohn des Schmidt war die ersten zwei Jahre seiner Lehrzeit bei diesem und mußte dann, wie es üblich ist, auf Verlangen seines Vaters in ein fremdes Geschäft, um dort seine Lehrzeit zu beenden.

Die sanitären Zustände in den Arbeitsräumen des Herrn Schmidt sind die denkbar besten, wovon sich der Artikelschreiber sofort überzeugen kann. Einen Gasmotor besitzt Herr Schmidt nicht, und er hat einen solchen niemals besessen; es kann also von einem Fabriktrieb keine Rede sein. Es kommen daher auch die Pausen vollständig in Wegfall.

Herr Schmidt hat in Münberg eine der vielseitigsten Buchbindereien.

Da unsere Kollegen die Angaben des Herrn Schmidt wohl nicht als ein unantastbares Evangelium bewerten, müssen wir den Verfasser des Artikels bitten, zu dieser Verächtigung Stellung zu nehmen.

**Augsburg.** Tarifbewegung. Der seit Jahren gegebene Wunsch der hiesigen Kollegen, mit ihren Arbeitgebern einen Tarif abzuschließen, scheint endlich nach mühsamer Arbeit der Erfüllung näherzuerücken. Einer vor Kurzem von der Zinnung an uns ergangenen Einladung zu einer Meisterversammlung, in der eine Offerte der Firma Stadler betreffend Anfertigung der von der Regierung ausgeschriebenen Aktenkasten besprochen werden sollte, leisteten wir selbstverständlich Folge. Diese Versammlung zeitigte eine gegenseitige Aussprache zwischen Meister und Gehilfen, in der von beiden Seiten der Wunsch laut wurde, in eine Tarifgemeinschaft einzutreten, damit auch Augsburg geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Beruf erhält. Weiter soll der Tarif den Arbeitgebern eine Grundlage geben zu einer gleichmäßigen Akkulturation der Arbeiter, damit nicht wie bisher die Arbeitgeber unter sich selbst eine Schmutzkonzurrenz treiben, die für beide Teile, Arbeitgeber wie Arbeitnehmern, außerordentlich schädigend wirkt. Die beiden Verbände, der christliche wie der unsere, arbeiteten eine Tarifvorlage aus, und wurde dieselbe der Zinnung zugestellt mit der Bitte, in Wäbe in Unterhandlungen einzutreten. Am Freitag, den 15. Oktober, fand die erste Sitzung statt. Die Zinnung war mit 5 Arbeitgebern vertreten, hauptsächlich Meister, die für uns in erster Linie in Frage kommen. Der christliche Verband war durch Gauleiter Wädterstempfen und Seiler-Augsburg, unser Verband durch Huff-Augsburg, der Zinnungs-Mitglieds, und Schumacher-München vertreten; letzterer im Auftrage des Gauvorstandes. Herr Obermeister Gahner unterbreitete uns die äußersten Zugeständnisse der Zinnungsmeister, mit der gleichzeitigen Erklärung, daß sie zu weiteren Zugeständnissen keine Vollmacht



haben, und die heute zu führenden Verhandlungen und deren Ergebnisse einer späteren Innungsversammlung zu unterbreiten sind. Das Entgegenkommen, was uns die Arbeitgeber in ihrem Gegentarif boten, war so minimal, daß beide Verbände die Erklärung abgaben, daß wir diese geringen Zugeständnisse unter keinen Umständen akzeptieren können. Wir müßten darauf bestehen, daß wir zum mindesten in unseren drei Hauptforderungen, als das sind: Arbeitszeit, Lohnfrage und Regelung des Ueberstundenwesens, Zugaben erhalten, die wenigstens annähernd den in unserem Tarif aufgestellten Forderungen gleichkommen. Trotz einer wirksamen Begründung unserer drei Hauptpositionen seitens der Vertreter der beiderseitigen Verbände konnte ein günstiges Resultat betreffs Arbeitszeit und Entlohnung mit den Arbeitgebern nicht erzielt werden. Die mehr als vierstündigen Verhandlungen, in welchen besonders die vorher erwähnten Positionen eine recht lebhaft, jedoch im sachlichen Rahmen gehaltene Diskussion hervorbrachten, zeitigten folgendes Ergebnis: Die Arbeitszeit beträgt 9½ Stunden, statt bisher 10 und 11 Stunden. An Vorabenden von Sonn- und Feiertagen ist eine halbe Stunde früher Schluß, an den Vorabenden der vier höchsten Feiertage eine Stunde früher. Der Stundenlohn für ausgeleimte Gehilfen beträgt im ersten Jahre 26 Pf., im zweiten Jahre 30 Pf., vom dritten Jahre ab 35 Pf.

Arbeitserinnen erhalten im ersten halben Jahre (ungeübte) 12 Pf., im zweiten halben Jahre 16 Pf., vom ersten Jahre ab 19 Pf. Für Ueberstunden nach beendeter neunstündiger Arbeitszeit für Arbeiter und Arbeiterinnen die ersten 3 Stunden 25 Proz., von da ab sowie für Sonntagsarbeit 50 Prozent. Die Kündigungsfrist ist eine achtstägige.

Das Lehrlingswesen wurde ebenfalls geregelt. Es können gehalten werden in einem Betrieb wo keine Gehilfen beschäftigt sind ein Lehrling; in einem Betriebe mit 3 Gehilfen 2 Lehrlinge, mit 6 Gehilfen 3 Lehrlinge und mit 10 Gehilfen 4 Lehrlinge. Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Tarifes sind zunächst der Tarifkommission zu unterbreiten. Die Arbeitgeber erkennen die beiden vertragschließenden Organisationen an.

Dies sind die wesentlichen Hauptpunkte, worin eine Einigung, wenn auch nicht ganz in unserem Sinne, erzielt wurde. Die Dauer des Tarifvertrages ist auf 2 Jahre festgesetzt. Die Prinzipale versprochen, in ihrer Versammlung für einen Tarifabschluß auf dieser Basis einzutreten zu wollen. Was wir zur Durchführung und strikten Innehaltung des Tarifes tun können, wird gesehen. An die Kollegen Augsburgs möchten wir auch heute wieder den Appell richten, mehr wie bisher für ihre Organisation zu wirken und eingetretet sein, daß nur durch eine straffe Organisation etwas Vollkommenes errungen werden kann. Damit obiger Tarif volle Geltung erlangt und wir später weiterbauen können.

**Magdeburg.** Unsere Lohnbewegung beginnt nunmehr lebhaftere Wellen zu schlagen, wie die am Sonnabend, den 16. Oktober, im „Bürgerhaus“ abgehaltene öffentliche Versammlung erkennen ließ. Die überaus zahlreich besuchte Versammlung beschäftigte sich mit den in nicht allzu großer Zahl eingegangenen Antworten auf unseren an die Prinzipale versandten Entwurf zu einem Minimallohntarif, dessen hauptsächlichsten Inhalt wir schon in Nummer 39 der „Buchbinder-Zeitung“ wiedergegeben haben. Von den vorliegenden Antworten brachte nicht eine die glatte Anerkennung unserer Forderungen. Einige Firmen erklärten sich wohl bereit, in eine Verhandlung über unsere Forderungen einzutreten, aber nur dann, wenn auch andere mit in Betracht kommende Firmen ein gleiches täten; andere Firmen teilten teilweise Bewilligungen mit, die aber hinter den erhobenen Forderungen so weit zurückblieben, daß sie keineswegs befriedigen konnten, und wieder andere erklärten, an die Beschlässe der Innung gebunden zu sein und dieser beizutreten zu wollen, während die Innung ihrerseits mitteilte, daß sie von einer bestimmten Stellungnahme absehe, weil nur wenige ihrer Mitglieder überhaupt Gehilfen beschäftigten und sie diesen es überlassen müsse, sich mit ihren Arbeitern und Arbeiterinnen direkt zu verständigen.

Der als Referent erschienene Kollege Harder-Berlin wies auf das Inzulängliche der vorliegenden Antworten hin und betonte die Notwendigkeit, daß die Lohnbewegung mit allem Nachdruck durchgeführt werden müsse, weil eben die in den letzten Jahren eingetretene und in diesem Jahre durch die neuen Steuern besonders sprunghaft erfolgte Verteuerung aller Lebensbedürfnisse es einfach unmöglich mache, mit den vor Jahren vereinbarten und heute zum größten Teil noch angewandten Lohnsätzen auskommen zu können. Eine Gegenüberstellung der hierorts erhobenen Forderungen und der in anderen Zahlstellen mit den Prinzipalen vereinbarten Minimallohnen — und um diese handelt es sich bei

unserer Lohnbewegung ganz besonders — ließ erkennen, daß auf die hier bisher üblichen außerordentlich niederen Lohnsätze eigentlich schon zuviel Rücksicht genommen ist, daß aber auch das jetzt Geforderte unbedingt zur Durchführung gebracht werden muß.

In der Diskussion stimmten alle Redner darin überein, daß die bisher üblichen Löhne dringend einer Aufbesserung bedürfen, seien doch insbesondere die Minimallohne hier derart niedrig, daß sie den Kollegen und Kolleginnen an anderen Orten bei der Durchführung zeitgemäßer Forderungen hinderlich seien. Es wurde deshalb allseitig erhoben, daß ein entschiedenes Eintreten für die jetzt erhobenen Forderungen unbedingt Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen sei. Am jedoch nichts unversucht zu lassen, um zu einer friedlichen Verständigung mit den Arbeitgebern zu gelangen und in der Erwartung, daß diese zu weiteren Verhandlungen sich bereit finden lassen, wurde die Verwaltung unserer Zehnstelle beauftragt, zunächst nochmals wegen Anerkennung der Forderungen bei den maßgebenden Firmen vorstellig zu werden.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heute im „Bürgerhaus“ tagende öffentliche Versammlung nimmt von den vorliegenden Antworten der Herren Arbeitgeber Kenntnis und bedauert, daß Antworten nur in so unvollständiger Zahl eingegangen sind, insbesondere, daß auch die vorliegenden Antworten die meisten Zusagen nicht enthalten. Demgegenüber erklärt die Versammlung, daß sie angesichts der außerordentlich ungünstigen Verhältnisse an den aufgestellten Forderungen unbedingt festhält und beauftragt die Verwaltung der hiesigen Zehnstelle unseres Verbandes, nochmals an die Herren Arbeitgeber heranzutreten und auf Erfüllung der äußerst minimal gehaltenen Forderungen zu bestehen. Weiter wird die Verwaltung beauftragt, in einer schnellsten einzuberufenden weiteren Versammlung über das Resultat ihrer Bemühungen Bericht zu erstatten und hier weitere Beschlüsse herbeizuführen.“

Anschließend hieran können wir nur mitteilen, daß die hauptsächlich in Betracht kommenden Buchbindereibitzer sich inzwischen zu einer gemeinschaftlichen Besprechung unseres Tarifentwurfes bereit erklärten, hoffen wir also zunächst auf ein günstiges Ergebnis der angefaßten Verhandlungen.

**Kirchheimbolanden.** Herr C. Ruff schickt uns nebst „Kollegialem Gruß“ eine „Berichtigung“ der Angaben über seine Firma in dem Bericht über die Agitationsreise des Kollegen Armbrust durch den Gau 13. Man muß zwar zumeist mühsam raten, was Herr Ruff eigentlich will, da ihm anscheinend seine Zeit zu kostbar schien, um einen klaren, guten deutschen Satz zu schreiben; aber wir glauben, daß uns unser Spürsinn nicht trügt, wenn wir annehmen, daß Herr Ruff fundgeben will, daß er gegenwärtig überhaupt keine Lehrlinge, sondern nur jugendliche Arbeiter beschäftigt und diesen im ersten Jahr 60 Mk., im zweiten Jahr 144 Mk., im dritten Jahr 184 Mk. und im vierten Jahr 240 Mk. Lohn und die vollen Krankenkassenbeiträge zahlt. Der angeführte Lehrvertrag sei veraltet.

Wir können gerade nicht sagen, daß Herr Ruff mit einer solchen Berichtigung seine Position verbessert, denn wenn er selbst zugibt, daß er an jugendliche Arbeiter trotz vierjähriger Tätigkeit in seinem Betrieb knapp 5 Mk. Wochenlohn zahlt, so ist das eine Ausbeutung jugendlicher Arbeitskraft, wie man sie schlimmer und krasser in unserem Beruf kaum findet. Es ist purer Hohn, wenn Herr Ruff in seiner Berichtigung schreibt: ich bezahle, „so hoch ich das vermag und würde tatsächlich gerne mehr noch zahlen, wenn eben die Leistungsfähigkeit keine Grenzen zöge“. Man könnte sich diese Bezahlung gefallen lassen, wenn es sich um Lehrlinge handelte, die sich zunächst nur mit beruflichen Handfertigkeiten ausbilden müssen, um später erst den erlernten Beruf zum Mittel des Gelderwerbs zu machen; aber ausdrücklich erklärt Herr Ruff uns, er betreibe sein „Geschäft nicht als Buchbinderschule“. Unsere Kollegen in Kirchheimbolanden haben allen Grund, ihrer Organisation, dem Deutschen Buchbinderverband, beizutreten, um durch geeinte Kraft die Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter einzudämmen, da sie auch ihnen schweren Schaden zufügt.

**Breslau.** In eine Lohnbewegung sind nun auch die hiesigen Kollegen eingetreten. In einer am Sonntag tagenden, zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung beschloßen sie, den Arbeitgebern einen Tarifentwurf zuzustellen, der für Akkordarbeiter den Dreifachdetarif und bei neunstündiger Arbeitszeit bis zum 1. Januar 1911 22 und von diesem Termin ab 23 Mk. Wochenlohn vorsieht. In nächster Nummer werden wir über die Versammlung eingehend berichten, aber schon heute wollen wir die Hoffnung aussprechen, daß die sehr beschiedenen Wünsche der Breslauer Kollegen in Erfüllung gehen möchten.

### Rundschau.

**Der Mordmors von Montjuich!** Väterchen Jar hat einen Gefellen gefunden, der seine Hand ihm in die blutbefleckte Rechte legen kann, ohne sich zu befürchten, weil er selbst vom Blut ermordeter Bürger seines Staates trieft. Der reichgelippte Alfons von Spanien wird künftig, wie sein russischer Kollege, dem Schafal gleich, die Wohnstätten gestifteter Menschen nur von fern umschleichen dürfen, wenn ihm nicht die Verwünschungen und die Verachtung aller in den Ohren gellen soll. Würde doch mit seiner Zustimmung, nach einer Justizkomodie schimpflichster Art, am 13. Oktober, morgens um 9 Uhr, in den Gräben der kleinen Bergfestung Montjuich bei Barcelona ein Mann erschossen, der sich den Zorn der spanischen Gewalthaber nur dadurch zugezogen hatte, daß er seinem Volke Wissen predigte und es zu befreien suchte aus den Fesseln päpstlicher Verdummung; es herausziehen wollte aus intellektueller Fäulnis. Francisco Ferrer, der Begründer der spanischen Laienschulen, der sein Volk, das zu zwei Dritteln noch nicht einmal lesen kann, aus der von den Pfaffen künstlich genährten Unwissenheit zu dem Licht des Wissens führen wollte, hat für dieses Streben den Märtyrertod erlitten! Unter dem Vorwand, die Unruhen in Barcelona angestiftet zu haben, wurde der schlichte Gelehrte verhaftet und ermordet, trotzdem die ganze Kulturwelt sich einmütig gegen den Mordplan erhob. Die Nachricht von dem vollzogenen Mord gab überall, wo gesittete Menschen wohnen, zu imposanten Demonstrationen gegen die spanische Pfaffen- und Senkerregierung Anlaß. Die Pyrenäen sind nunmehr zur Grenzscheide zwischen Kultur und finsterner Barbarei geworden. Die spanische Regierung hat den Mordmors zur politischen Waffe gemacht. Man wird sich nicht zu wundern brauchen, wenn diese Waffe nun sich auch gegen die Mörder von Montjuich wenden sollte.

**Brave Burshen, keine Sumpfer,** die hübsch Ordnung einhalten und abends nicht zum Mädchen gehen, Fleisch und Alkohol verachten, dem  $\ddagger \ddagger$  Verstand wie der Hölle fernbleiben, dafür aber alle religiösen Übungen fromm erfüllen, finden in Zunsbruck ein Eldorado, in dem sie sich zwar nicht an Theater und anderen sündigen Lustbarkeiten erfreuen können, dafür aber sicher des Himmels volle Gunft erwerben. Und wenn sie dieses „Eine, was nützt“ haben, dann kann ihnen ja auch aller irdische Lohn Nebensache sein, darum schreibt der wackere Buchbindermeister W. Ed. Gumpf Mayer aus der Kinderfreunde-Anstalt in Zunsbruck nichts von einem solchen, als er einen unserer Kollegen durch das nachstehende Schreibbriefchen ersuchte, für ihn Profit zu erzeugen:

„Zunsbruck, 29. September 1909.“

Gebroter Herr!  
Ihren Brief beantwortend, sind Sie selbstverständlich Herr Ihrer freien Zeit. Wollen Sie diese teilweise in der Buchbinderei zubringen, können Sie es tun. Wir haben hier intelligente Geübten, brave, junge Burshen, die auch keine Sumpfer sind, wemgleich sie die Ordnung hübsch einhalten. Selbstige haben schon einen hübschen Sparfennig in der Sparkasse, da sie nicht so Gelegenheit haben, die Wirtshäuser zu besuchen; verlassen sich auch nicht darüber, sind munter und fröhlich.

Die Geübten sind beim Gefellenverein, erhalten miteinander für Sonntag den Hausstüchlein, den sie Montag wieder abliefern.

Wenn Sie jedoch Theater besuchen oder andere Lustbarkeiten aufsuchen wollen und dies zur Regelmäßigkeit bei Ihnen sein sollte, so wäre es töricht, sich um diesen Posten zu bewerben. Nach der vertraute Umgang mit Personen des anderen Geschlechts ist Ihnen nicht gestattet.

Selbstverständlich wird namentlich zur Pflicht gemacht, daß jeder über Religion und religiöse Übungen sich lustig macht und den für ihn bestimmten Übungen getreu nachkommt.

Verbänder erhalten bei uns keine Beschäftigung. Mündigung 14 Tage. Sollten Umstände (nicht Arbeitsmangel) es erheischen, so tritt diese 14tägige Frist außer Kraft und tritt nach Gewerbegesetz sofortige Entlassung ein.

Gleich erhaltet keiner, nicht einmal der Hausobere, wost ist nachhaft und reichlich (nach Urteil der Aerzte). Hier, Wein wird im Saute keines verabreicht; will jemand etwas trinken, dann außer Haus. Lehrling darf zu solchen Sängen nicht verwendet werden.

Dies zu Ihrer Orientierung. Sollten Sie anderer Meinung sein, steht es Ihnen frei, bitten aber dann, uns um baldige Aufnahmefestsetzung, damit wir einem anderen diesen Posten zuwenden können.

In aller Hochachtung

W. Ed. Gumpf Mayer, Buchbindermeister, Kinderfreunde-Anstalt, Zunsbruck.

Für unseren Kollegen genügt diese Orientierung“ vollankt! Damit aber auch die „anderen“ orientiert sind, geben wir die Orientierung hier gern wieder.

**Ein Streikender erwachen!** In der Nähe des Haller Tors in Nürnberg wurde Sonnabend früh der 16 Jahre alte Drechsler Heinrich Wendler, der an dem Streik in der Zelluloidwarenfabrik Gev. Wolff beteiligt ist, mit schweren Stichwunden auf-

gefunden, an denen er nach Verbringung ins Krankenhaus starb. Der Fall ist noch nicht richtig aufgeklärt; nach polizeilicher Darstellung soll ein Krupp Streifbrecher von Streikenden angegriffen worden sein, was jedoch ganz unwahrscheinlich ist, da der Getötete eine ganze Anzahl Messerstücke erhielt, also jedenfalls überfallen wurde. Von den Streifbrechern ist nur einer leicht verwundet. Ein Streifbrecher namens Gahner ist bereits als Täter ermittelt und aus der Fabrik heraus verhaftet worden.

Eine Arbeiter-Dilettantenausstellung wird im Januar 1910 im Berliner Gewerkschaftshaus stattfinden und bittet der Veranstalter alle diejenigen, welche in ihren Mußestunden vielleicht Gemälde, Zeichnungen, kunstvolle Handwerksarbeiten in Glas, Ton, Metall, Holz usw. verfertigt haben, dringend, sich mit Herrn Adolf Lebenstein, Berlin W. 30, Neue Winterefeldstr. 36, in Verbindung zu setzen. Schluß der Annahme der Ausstellungsobjekte am 5. November. Jegdewelche Kosten entstehen den Ausstellern nicht.

**Literarisches.**

Decker, W. C. Das Recht zu lieben. Schauspiel in drei Aufzügen. 98 Seiten. Preis geheftet 2 Mk., eleg. gebunden 3 Mk. Verlag von Rich. Lipinski, Leipzig.

Die kürzeste Kritik ist gegenüber diesem „Schauspiel“ die beste; es genügen die Worte: Wertloser Schmarren.

**Wabeuf und die Verschönerung für die Gleichheit** mit dem durch sie veranlaßten Prozeß und den Belegstücken. Von H. Buonarroti. Uebersetzt und eingeleitet von Anna und Wilhelm Bloss. (Internationale Bibliothek Nr. 49.) 336 Seiten. Preis broschiert 2 Mk., gebunden 2,50 Mk. Verlag von J. G. W. Dieck Nachf. in Stuttgart.

Das Werk enthält den einzigen authentischen Bericht eines beteiligten Zeitgenossen über jene Bewegung, die für die Entwicklungsgeschichte des Sozialismus von erheblicher Bedeutung ist. Die Uebersetzer hoffen das Verständnis für die Verschönerung Wabeufs, diese wichtige historische Erscheinung, zu fördern, die von der herkömmlichen Geschichtschreibung geringschätzig behandelt und entstellt zu werden pflegt.

Der Inhalt des Werkes besteht außer einer längeren Einleitung von W. Bloss und der Vorrede des Verfassers aus drei Teilen. Im ersten Teil werden die Parteien der jungen Republik einer scharfen Kritik unterzogen und die Pläne, Grundzüge und das Endziel der Verschworenen dargelegt. Im zweiten Teil wird der Prozeß behandelt und im Anhang eine Reihe Aktenstücke mitgeteilt, die in der Bewegung eine Rolle gespielt haben.

**Abrechnungen**

vom 3. Quartal gingen weiter bis zum 19. Oktober bei der Verbandskasse ein:

- Rathenow 800,— Gau II —, Königsberg 98,57, Gau IV 185,— Rattowitz 69,29, Halle a. S. —, Gau VI/VII 450,— Bremerhaven 60,— Hamburg-Altona 900,— Rostock 50,— Schwerin —, Braunschweig 125,— Detmold 91,20, Altenburg 80,— Eisenberg 946,29, Jena 120,—

- Duisburg-Ruhrort 100,— Gelsenkirchen 50,— Mülheim-Oberhausen 65,— Remscheid 200,— Gau XI 184,86, Frankfurt a. M. 300,— Gnanau 350,70, Dresden 3400,— Leipzig 8001,70, Freiburg 100,— Erlangen 250,— Kaufbeuren 150,— M. E. Gaeifen.

**Adressenänderungen.**

**Gaubevollmächtigte.**

Gau 4 für Siegnitz. O. Thiel, Goldbergstraße 9, 3 Treppen.

**Vertikale Bevollmächtigte.**

Gera. M. Ott, Plauensche Str. 123, parterre.

**Unterstützungs-Auszähler.**

Konstanz. Z. Joh. Stöck, Turnierstr. 90, parterre, von 1/21—1/22 Uhr und 7—8 Uhr. Sonntags von 1/21—1/22 Uhr.

Falkenstein. (Ab 1. November.) Ad. Georgi, Schloßstr. 11, 1 Treppe.

**Briefkasten.**

W., Stettin. Da Ihr Bericht etwas auf sich warten ließ, hat W. auf meinen Wunsch die Gelegenheit behandelt. Ich kann deshalb von Ihrer Einwendung keinen Gebrauch machen.

Wegen Raummangel zurückgestellt Korrespondenzen aus Chemnitz, Dresden, Berlin, Lüdenscheid und Nürnberg-Fürth.

**ANZEIGEN**

**Zahlstelle Leipzig.**

**Montag, den 25. Oktober 1909, abends 7 Uhr**

**Oeffentliche Versammlung**

im großen Saale des „Pantheon“.

- Tagesordnung:** 1. Das Ergebnis der neuen Verhandlungen mit dem Verband Deutscher Buchbindereibesitzer. 2. Stellungnahme dazu. 3. Gewerkschaftliches.

Referent: Kollege **Zinke**.

**Kollegen und Kolleginnen!** Am Sonnabend, den 23. Oktober, findet am Vormittag die Vollversammlung des Unternehmerverbandes statt, der sich am Nachmittag die gemeinsame Vorstandssitzung anschließen wird, in welcher zum Ausdruck kommen muß, ob die Prinzipale gewillt sind, unseren berechtigten Forderungen Rechnung zu tragen. Die Versammlung ist deshalb für uns von außerordentlicher Bedeutung, die wir bereits im Besuch derselben zum Ausdruck gebracht zu sehen wünschen.

**Gasthaus „Zum Pfalzgrafen“ (früher „Schlüssel“)**

Kettengasse Nr. 21 ♦ Heidelberg ♦ Telefon: Nr. 1314

Da ich seit kurzem die Herberge des Buchbinderverbandes (Zahlstelle Heidelberg) übernommen habe, empfehle ich mich sowie meine Lokalitäten aufs Beste. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, den Herren Kollegen durch Verabreichung guter Speisen und Getränke unter Anrechnung ziviler Preise den Aufenthalt in meinen Räumen so angenehm als möglich zu machen.

Einem guten Besuch entgegengehend Achtungsvoll **Franz Jos. Meyer.**

**Inferate** finden nur Aufnahme

wenn ihnen der Betrag beigefügt ist.

Seit 1859 praktisch erprobt sind die Werkzeuge von **F. Clement, Leipzig, Seeburgstr. 36** Dieselben sind dauernd brauchbar. Nur ::: direkt vom Erzeuger zu beziehen :::



Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt **O. Th. Winckler, Leipzig**

Unserem lieben Kollegen **Arthur Weiß** zu seiner Vermählung mit Fräulein **Sulda Otto** die herzlichsten Glückwünsche! Zahlstelle Falkenstein i. S.

Unserem lieben Kollegen **Max Defer** nebst seiner lieben Braut **Emma Börner** zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche! Zahlstelle Limbach.

Unserem werten Kollegen **Wilhelm Walters** und seiner lieben Braut, Fräulein **Ernauchen Errenst** zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Zahlstelle Nachen.

**Achtung! Rixdorf. Achtung!** **Restaurant „Zum alten Sangesbruder“** käuflich übernommen habe. Da es mein eifrigstes Bestreben sein wird, meinen werten Gästen einen gemüthlichen Aufenthalt zu bieten, so lade ich hiermit alle Freunde, Kollegen und Kolleginnen zum Besuch ::: ::: freundlichst ein ::: ::: Achtungsvoll **August Westerkampfen.**

NB. Für ff. Speisen und Getränke, auch tägliche musikalische Unterhaltung ist bestens gesorgt.

Umstande halber ist eine seit 20 Jahren bestehende **Papierhandlung** sofort gegen bar preiswert zu verkaufen. Besondere Gelegenheit für einen **Buchbinder.** Angebote unter **70 M. G.,** Berlin, Postamt 21.

**Sichere Existenz** für einen strebsamen Buchbinder (nur einer am Platze) wäre in einem blühenden Städtchen Niederbayerns durch preiswerten Hauskauf gesichert. Offerten unter **D. A. 183** bef. d. Exp.

**Gesucht an jed. Ort Leute,** w. Vertrieb hochleg. Neuheiten (Geschnittl. Weihnachtsartikel) übertr. Hoher Nebenberd. für jedermann. Ausf. vollst. kostent. Herrn. Wolf, Zwickau Sa., Nordstr. 30.